

Arbeiter-Zeitung

Freitag, 21. November 1930
12. Jahrgang, Nummer 272

erschienen täglich mit Ausnahme des Sonn- und Festtags. Bezugspreis: Einzelheft 45 Pf., 12 Hefte, Monatsheft 5.10 Pf., 3 Monate 15.00 Pf., 6 Monate 28.00 Pf., 1 Jahr 52.00 Pf. Durch die Post bezogen monatlich 2.00 Pf., unter Streifen 2 Pf. 50 Pf. (Postgebühr). Die Jahrgangsbekanntmachung über den Preis und die Bedingungen der Abnahme ist in der Hauptausgabe vom 1. Oktober 1930 im Anhang zu den Beilagen enthalten. Die Abnahme ist im Voraus zu zahlen. Die Beilagen sind separat zu bestellen. Die Beilagen sind im Preis inbegriffen. Die Beilagen sind im Preis inbegriffen. Die Beilagen sind im Preis inbegriffen.

für Schlesien und Oberschlesien
Organ der SPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Verlags- und Druckerei: Berlin 10, Köpenicker Straße 40. Tel. 800 20.
Korrespondenz: Berlin 10, Köpenicker Straße 40. Tel. 800 20.
Korrespondenz: Berlin 10, Köpenicker Straße 40. Tel. 800 20.
Korrespondenz: Berlin 10, Köpenicker Straße 40. Tel. 800 20.

Sozialfaschistische Führer erbitten bei Hindenburg

Belagerungszustand gegen „wilde“ Streiks

Geheime Rücksprache der SPD.-Führer mit Hindenburg

Die „Rote Fahne“ ist in der Lage, folgende alarmierende Nachricht zu veröffentlichen:
„Aus gut informierter sozialdemokratischer Quelle erhalten wir Kenntnis von einer bisher unbekanntem Rücksprache Hermann Müllers und Grafmanns mit Hindenburg während des Berliner Metallarbeiterstreiks. Die beiden sozialdemokratischen Führer wollten sich über die Maßnahmen des Reichspräsidenten informieren für den Fall, daß es nach der Verbindlichkeitsklärung des Schiedsrichters wider ihren Willen zu einem Streik der Metallarbeiter kommen würde. Hindenburg soll ihnen erklärt haben, daß er im Falle eines „wilden“ Streiks den Belagerungszustand über Berlin verhängen würde.“

Das Interesse der sozialfaschistischen Führer an dieser Rücksprache besteht darin, sich beim Reichspräsidenten den staatlichen Rückhalt zu sichern für den Fall, daß die Metallarbeiter unter Führung der SPD., trotz Zwangsschiedspruch oder Verbindlichkeitsklärung, den Streik fortsetzen würden. Was Krieg begonnen, sollte durch den Belagerungszustand vollendet werden.
Dieses Vorgehen der SPD.-Führer ist nicht überraschend. Wer einigemmaßen Bescheid weiß, wie es zurzeit in der SPD. aussieht,

den können solche Maßnahmen der Müller, Grafmann nicht befremden. Breslau ist ja dafür ein sehr bezeichnender Beweis. Alle Verjuchung der Gastein, Franold und Co., der Rebellion Herr zu werden, zeitigen genau das Gegenteil. Und wenn dann diese „linken“ Schaumschläger in ihrer „Not“ dazu übergehen, die Hilfe der Rechten in Anspruch zu nehmen, wie das in der letzten Funktionärsitzung geschah, wo Gastein gegen den Willen der Mehrheit der empörten Arbeiterfunktionäre dem Rechten Hamburger sogar mit verlängerter

Redezeit das Wort gab, so zeigt das, wie strenglich die Situation in der SPD. geworden ist. So wie „linke“ Führer zu den Rechten ihre Zuflucht nehmen und sich damit ihnen anschließen, so haben in der Vergangenheit schon mehr als einmal die Gewerkschaften, Müller usw. gesagt, daß sie, wenn „Rot am Mann“ war, das heißt, wenn die Partei sich in „gefährlichen“ Situationen befand, den Zusammenbruch mit den Machtmitteln des Staates zu verhindern suchten.

Eine solche Situation liegt heute vor. Die Galgenfrist vom 18. Oktober bis zum Wiederzusammentritt des Reichstags am 3. Dezember geht zu Ende. Die Hoffnung, mit der die SPD.-Führer in letzter Zeit versucht haben, die Rebellion zu bannen, daß sie den Arbeitern sagten, die Rettung Brünings am 18. Oktober war nur ein Provisorium, steht vor dem Zusammenbruch.

Seitern hat der Haushaltsausschuß des Reichstags sich mit den Notverordnungen beschäftigt, und über diese Sitzung wird heute u. a. folgendes berichtet:

„Die Ausschussverhandlungen, insbesondere die Rede des Sozialdemokraten Heimann, werden dahin verstanden, daß die Sozialdemokratie in Übereinstimmung mit den Regierungsparteien zu der Auffassung gekommen ist, der Ausschuss habe die Befugnisse der Notverordnung, die bei den gehörigen Anträgen nicht so zu beschleunigen, daß die endgültige Erledigung noch vor dem Zusammentritt des Reichstages erfolgt.“

Das stellt eine glatte erneute Kapitulation der SPD. vor Brünning dar. Eindeutig und unmißverständlich wird hier zum Ausdruck gebracht, daß die SPD. den Verrat vom 18. Oktober fortsetzen wird. Sie wird also auch jeden weiteren Lohnabbau sanktionieren und bereit sein, auch dem Belagerungszustand keinen Widerstand entgegenzusetzen.

Das wird aber diesmal bestimmt eine andere Wirkung haben als in der Vergangenheit. Die Rebellion im Lager der sozialdemokratischen Arbeiter ist viel unfaßbarer und viel tiefer, und jede Arbeiter werden unsere Mahnungen heute besser verstehen. Wir rufen sie daher schon heute auf, sich darauf einzustellen.

Die kommunistische Partei wird sich durch keinen Terror und auch nicht durch den Belagerungszustand abhalten lassen, gegen diesen verwerflichen Kurs den außerparlamentarischen Kampf zu eröffnen, und wir sind überzeugt, daß es uns gelingen wird, die Einheitsfront zwischen SPD. und KPD.-Arbeitern herzustellen gegen die Einheitsfront der SPD.-Führer mit Brünning.

Bergwertsunglück bei Sosnowice

Zwei Arbeiter getötet, 23 Pferde verbrannt

Auf der Saturngrube bei Sosnowice (Polen) entstand eine Kohlengasexplosion, die einen Brand verursachte, der sich blitzschnell über drei Felder verbreitete und die gesamte Belegschaft stark gefährdete. Dieser gelang es, mit Ausnahme von zwei Mann, sich rechtzeitig zu retten. Acht Grubenfeuerwehren wurden aufgerufen, um das Feuer zu bekämpfen. Nach sechsstündiger Arbeit gelang es, den Brandherd einzudämmen, die zwei Bergleute wurden jedoch nur noch als Leichen geborgen; außerdem verbrannten 23 Pferde.

Das Hungerprogramm Brünnings im Reichstag angenommen

Eine Amnestie für Steuerbetrüger

Wie aus Berlin berichtet wird, hat gestern der Reichstag das Hungerprogramm außer dem Steuervereinfachungsgesetz genehmigt. Die Vertreter der verschiedenen Regierungen hielten es nicht einmal mehr für notwendig, noch lange darüber zu diskutieren. Auch die Vertreter der Preußenregierung mit dem Sozialdemokraten Braun hatten nichts mehr gegen das Hungerprogramm einzunenden. Das entspricht ganz der Haltung, die von den Sozialdemokraten im Haushaltsausschuß des Reichstags eingenommen wurde.

So ergibt sich klar und eindeutig, daß die SPD. bereits am 18. Oktober bei ihrer Rettung Brünnings von dem festen Willen erfüllt war, mit dieser faschistischen Regierung durch bis und hinein zu gehen, das heißt, auch dann, wenn Brüning dem Faschismus völlig freie Hand lassen wird.

Wenn trotzdem die SPD. noch am 9. November versucht hat, durch ihre „antifaschistischen“ Demonstrationen das Gegenteil zu „beweisen“, so wird dieser Betrug sowohl durch das Verhalten der sozialdemokratischen Minister im Reichstag als auch der Sozialdemokraten im Haushaltsausschuß des Reichstags restlos entlarvt. Die SPD.-Führer denken nicht daran, ernsthaft dem Faschismus den Garaus zu machen, deshalb müssen die sozialdemokratischen Arbeiter sich jetzt entscheiden. Wollen sie die braune Mordpest vernichten, dann können sie das nur mit der kommunistischen Partei.

Steuerbetrüger sollen amnestiert werden

Der Kurs der Brüning-Regierung nimmt immer unverhüllter faschistische Formen an. Ermutigt durch die feige Kapitulation der SPD.-Führer legt sich Brüning keinerlei Zwang mehr auf. Nachdem er im Reichstag sein Hungerprogramm durchgepeitscht und auch die SPD. bereits für den Reichstag seinem Willen unterworfen hat, leistet er sich folgende Provokation. Unter der Firmierung, daß dem Ausland gezeigt werden soll, „daß Deutschland eine Gesundung der öffentlichen Finanzverwaltung herbeiführt“, soll eine großzügige Amnestie für alle Steuerbetrüger eintreten. Anlaß dazu soll auch die dauernde Kapitalflucht sein. In Wirklichkeit geht es um nichts anderes, als daß auf diesem Wege den kapitalistischen Steuerbetrügern Millionengelder in den Taschen geworfen werden.

sämtliche Sturmabteilungen der Sturmabteilung angeordnet. Jede Abteilung hat künftige Bereitschaft in den Sturmlokalen zu halten. Die Jellenobleute haben sofort sämtliche Parteigenossen vom Bestehen des Alarmzustandes in Kenntnis zu setzen.“ Begründet wird diese Maßnahme mit der augenblicklich höchst gespannten politischen Lage. Sie soll sich hauptsächlich gegen die preussische Regierung richten.

Auch in Breslau beizt sich die Nazipresse, zwar diese Meldung zu bestritten, aber wer in der jüngsten Zeit das Treiben dieser Bande gerade in Breslau beobachtet hat, der weiß, was er von diesem Bestreiten zu halten hat. Selbstverständlich geht es den Nazis nicht etwa um die Entfestigung eines ernsthaften Kampfes gegen den Weltfisch, aber es geht ihnen darum, die hungernden Erwerbslosen möglicherweise vor ihren Karren zu spannen, wie das die letzten Tage in Breslau wiederholt versucht wurde. Deshalb ist es am Platze, daß unsere Genossen diesen Banditen das Handwerk möglichst schnell und gründlich legen.

Sowenig sich die revolutionären Arbeiter durch Polizeiprovokationen ihre Taktik im Kampfe gegen den Hunger vorschreiben lassen, ebensowenig werden sie den braunen Provokateuren gestatten, irgendwelchen Einfluß auf die Maßnahmen zu nehmen, die von der Arbeiterklasse als notwendig erachtet werden. Deshalb gilt es auf der Hut sein. Nicht einen Augenblick darf die Arbeiterklasse aus dem Auge lassen, daß die Nazibanditen die aller schlimmsten Feinde der Arbeiterklasse sind.

Zweieinviertel Millionen neue Steuern sollen in Breslau herausgepreßt werden

Breslau, 21. November. In der gestrigen Sitzung des Finanz-Ausschusses wurde die Magistratsvorlage auf Einführung der Bürger-, Bier- und Getränkeverzehsteuer behandelt. Diese drei Viktualsteuern sollen der Stadt Breslau eine jährliche Mehreinnahme von 2,25 Millionen Mark bringen. Die Bürgersteuer soll von allen erwachsenen Personen erhoben werden. Ausgenommen sind nur die Krühen- und Wochsfahrtsempfänger. Selbst die Ehefrauen, die keinem Beruf nachgehen, sollen die Steuer entrichten. Von der Getränkesteuer ist lediglich die Milch ausgenommen. Alles andere, was im Gasthaus getrunken wird, wird mit 10 Prozent Zuschlag belegt. Schon dieser kurze Hinweis zeigt mit aller Deutlichkeit, welche ausgesprochen unsozialen Charakter die Steuern haben (ausführlicher Bericht siehe auf der lokalen Seite Breslau).

Der Finanz-Ausschuß hat gestern mit Stimmenmehrheit die Magistratsvorlage abgelehnt. Die Stadtverordnetenversammlung wird sie

ebenfalls ablehnen. Eingeführt werden die Steuern doch, und zwar auf dem Wege der Verordnung entweder durch den Magistrat oder durch den Regierungspräsidenten oder durch den Minister des Innern.

Die ablehnende Haltung der SPD. und auch der Wirtschaftspartei ist lediglich der Versuch, den merkantilen Massen Gans in die Augen zu streuen. In Wirklichkeit sind diese Parteien mit der Politik Brünnings einverstanden, wie es am 18. Oktober eindeutig nachgewiesen wurde.

Verteilte, durchsichtige das betrügerische Spiel der Parteien, die vorgeben, gegen die Viktualsteuern zu sein, in Wirklichkeit aber die besten Stützen des Brüning-Systems sind. Marschiert am 27. November unter Führung der kommunistischen Partei zu einer mächtigen Demonstration gegen die weitere Ausplünderung auf!

Robotateure am Wert

Sie wollen im Trüben fischen — Legt den Burtschen das Handwerk!

Die entlarvten Nazibetrüger versuchen in letzter Zeit durch eine trüpellose verlogene Ausnützung der steigenden Not das Manko wieder weitzumachen, welches durch ihre andauernde Demasierung vollzieht. So wird jetzt aus Berlin folgendes gemeldet:

Berlin, 19. November. Von der Berliner Gauleitung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei wurde durch Kurier folgende Mitteilung ausgegeben: „Es ist sofort für

Die RGD. im Angriff

Von Franz Dahlem

Die gewaltige politische Bedeutung und Auswirkung des Berliner Metallarbeiterstreiks für die ganze deutsche Arbeiterklasse tritt jeden Tag deutlicher in Erscheinung.

Der Angriff des deutschen Unternehmertums gegen die Löhne und Gehälter vieler Millionen Arbeiter, Angestellter und Beamter ist in voller Entwicklung. Durch einen demagogischen Preisabtauschwindel versucht die Regierung und ihre Presse von diesem Anschlag abzulenken. Diese Spekulation muß aber scheitern, denn die Massen werden nicht von Ministerphrasen und Zeitungsräuseln fesseln. Das schwerverdienende, zum Leben unbedingt benötigte Geld wird immer geringer, die Not, die Unzufriedenheit, die Wut immer größer.

Der Radikalisierungsprozeß der Massen schreitet in schnellem Tempo vorwärts. Das beweist die Stimmung in den Betrieben, die Diskussion in allen Arbeitervierteln. Immer neue Hunderttausende treten in die Front der Rebellen ein, die das jetzige System hassen, das für sie nur Hunger und Elend bringt, das ihnen keine Hoffnung gibt und keinen Ausweg aus der verzweifeltsten Lage zeigt. Die unzufriedene Industriearbeiterklasse und die hungernde Erwerbslosenarmee verlangen einen radikalen Ausweg aus ihren jetzigen, unhaltbaren Lebensbedingungen.

Der Berliner Metallarbeiterstreik gab der gesamten deutschen Arbeiterklasse das Kampfsignal. Er leitet einen neuen Abschnitt großer wirtschaftlicher Kämpfe in Deutschland ein. In allen Teilen des Reiches sind die ersten Geschehnisse im Gange, tiefsitzige Wirtschaftskämpfe stehen vor der Tür.

Darüber hinaus hatte der Berliner Kampf die große Bedeutung, daß er die Sozialdemokratische Partei und insbesondere die reformistischen Gewerkschaftsführer in ihrer vollen Nacktheit als Steigbügelhalter des faschistischen Kurses der Brüning-Regierung und als erbärmliche Handlanger des Unternehmertums vor der ganzen deutschen Arbeiterklasse in größtem Ausmaße entlarvt hat.

Am 18. Oktober rettete die SPD-Führer Brüning und sein Programm der Lohn- und Gehaltsenkung. Dann brachen sie im Einverständnis mit Regierung und Industriellen dem Metallarbeiterstreik bewußt das Genick. Das prägt sich den Massen ein, das vergessen die Massen nicht so schnell, auch nicht, wenn jetzt unter dem Druck der Empörung ihrer eigenen Anhänger diese organisierten Volksbetrüger auf die Kampe treten und eine feige, demagogische „Opposition“ gegen die Singheimer, Ulrich und Kompanie, die gerade erst in ihrem Auftrage gehandelt haben, heucheln.

Nein, von der Abstimmung der SPD-Fraktion im Reichstag bis zum abgekarteten Streikbruch Ulrichs und bis zu der vom SPD-Parteivorstand befohlenen Unterschrift Singheimers ist alles eine Linie: die Unterstützung und Sicherung des faschistischen Kurses der Brüning-Regierung. Die tägliche Fortleitung dieser Politik sind die sozialdemokratischen Gummitrübelsche und die sozialdemokratischen Augen, die den demonstrierenden Metallarbeitern und Erwerbslosen aufgedrückt werden.

Am großen Beispiel des Berliner Streiks haben Hunderttausende Arbeiter aufs neue erfahren, daß die „freien“ Gewerkschaften wirklich von ihren Führern zu einer Organisationszentrale des Streikbruchs umgewandelt worden sind, und daß an ihrer Spitze Leute stehen, die sich als willfährige Handlanger der Unternehmer und der Regierung, als zynische Verräter und Betrüger am schaffenden Volke erweisen haben.

Die Berliner Metallarbeiter haben aus dieser Erkenntnis die Konsequenzen gezogen und einen Roten Metallarbeiterverband gegründet. Im Kampfe selbst wurde es ihnen zur Gewißheit und zum dringenden Verlangen, eine Klassengewerkschaft zu gründen, auf die sie sich auch wirklich verlassen können. Diese Gründung eines Roten Metallarbeiterverbandes ist weit über Berlin hinaus ein Signal und ein Wegweiser für die revolutionäre Gewerkschaftsbewegung in ganz Deutschland. Sie zeigt die Entwicklung an, die die im ganzen Reich vorwärtsstürmende gewerkschaftliche Kampforganisation der RGD nehmen wird. Gegenüber den reformistischen Spaltern, getragen vom Vertrauen der Arbeiter, wächst die RGD zur breiten Klassengewerkschaftsbewegung empor. Im Kampfe sammelt sie um sich die Massen der unorganisierten Arbeiter und immer größere Schichten der organisierten Kollegen. Die deutschen Arbeiter schaffen sich eine gewerkschaftliche Massenorganisation, mit der sie imstande sein werden, die Kämpfe um Lohn und Brot erfolgreich zu führen.

Diese Probleme standen im Mittelpunkt der Reichskonferenz der RGD, die am Sonnabend und Sonntag in Berlin tagte. Die Beschlüsse dieser Konferenz bedeuten die Organisierung der Streikbewegungen in Berlin und im ganzen Reich, in allen Industriezweigen, und den Aufbau des gewerkschaftlichen Kampfapparates der RGD im beschleunigten Tempo. Auf dieser Konferenz wurde das konkrete Programm der RGD mit den Forderungen für die einzelnen Schichten des Proletariats: für die Industriearbeiter, für die Erwerbslosen, für die Arbeiterinnen und Jungarbeiter, für die Landarbeiter, Angestellten und Beamten beschlossen.

Die Berichte der Delegierten aus allen Bezirken des Reiches bewiesen, daß sich die RGD überall im Angriff gegen das Unternehmertum befindet, überall ihre Betriebsgruppen und Erwerbslosengruppen aufbaut, überall dabei auf die streikbrecherische Gewerkschaftsbürokratie poßt.

Die sozialdemokratischen Führer des ADGB, die in allen Ecken und Enden die wachsende Kraft der RGD spüren, schreiben jetzt Zeter und Mordio. Diese Bande wagt es jetzt, nach ihrem Schurkenstreich im Reichstag, nach dem Berliner Streikbruch, den Vorwurf der Spaltung — gegen die RGD zu richten!

Wer spaltet, mahregelt, den Mitgliedern faschistische Reversen vorlegt, die eigenen Anhänger als rechtloses Stimmvieh behandelt — das sind die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer. Die RGD kämpft um die Einheit der Arbeiterklasse, und sie ist jetzt dabei, die organisatorischen Voraussetzungen zu ihrer Verwirklichung zu schaffen. Sie beschränkt sich nicht darauf, ihre Betriebs- und Erwerbslosengruppen in immer kürzischerem Tempo aufzubauen, sie wird die reformistischen Führer in den Verbänden, im Angesicht ihrer Mitglieder angreifen. Die Reichskonferenz hat beschlossen, die Oppositionsarbeit in den freien Gewerkschaften mit verzehnfachter Kraft fortzuführen.

In den Berliner Metallbetrieben gilt es, die Massen ab-

Hermann Müller erklärt:

„Die Notverordnungen müssen bleiben“

Das Doppelspiel der Nationalsozialisten

Berlin, 20. November. (Eig. Bericht.)

Im Haushaltsausschuß des Reichstags erklärte der Genosse Torgler in der Debatte über die Diktaturverordnungen der Brüning-Regierung, daß nur eine Frage wirklich behandelt werden könne: entweder Annahme des kommunistischen Antrags auf Aufhebung der Notverordnungen oder Ablehnung dieses Antrages. Die Regierungsparteien wandten sich dagegen. Volkspartei, Zentrum und Sozialdemokratie ließen durch ihre Vertreter erklären, daß die Regierung erlucht werden könne (?), gewisse Änderungen der Notverordnungen vorzunehmen.

Damit zeigte die SPD, bereits, welchen Weg sie einschlagen wird: sie ist geneigt für die Notverordnungen und verlangt nur einige Schönheitsreparaturen.

Diese ungeheuerliche Tatsache wurde noch von Hermann Müller unterstrichen. Auf die Hinweise des Genossen Torgler, daß die SPD, im Wahlkampf sich großmütig gegen die Notverordnungen gewandt habe, erklärte Hermann Müller:

„In der Sozialdemokratie hat niemand die Aufhebung der Diktaturverordnung versprochen. Die Stellung der SPD, sei vor der Wahl dieselbe gewesen wie heute. Und im übrigen wolle er nur sagen, was dann kommen soll, wenn die Notverordnungen aufgehoben werden?“

Der Nationalsozialist Reinhardt hielt eine leere Rede

von „nationaler Ehre“ und „Tributwahnsinn“ usw. und erklärte, die Nationalsozialisten würden allen Anträgen zustimmen, die gegen diese Wahnsinnspolitik gerichtet seien. Genosse Neubauer erinnerte die Nazis daran, daß sie sich bei der Abstimmung über den kommunistischen Antrag auf sofortige Einstellung der Young-Zahlungen am 29. Oktober der Stimme enthalten haben und in den Artikeln für die Hearst- und Kothermere-Presse die „peinliche Erfüllung“ der Tributverpflichtungen versprochen haben. In Thüringen und Braunschweig sind die Nationalsozialisten die brutalsten Eintreiber der Brüning-Steuer. Daran ändert die Tatsache nichts, daß sie diese Notverordnungen im Reichstag als „himmelstreichende Ungerechtigkeit“ bezeichnen, denn damit wollen sie nur ihre wahre Tributpolitik vor den Massen verschleiern.

SPD. beschließt Diktatursteuern

In der Bergarbeiterstadt Pesserg (Bayer) lieferte sich die SPD, ein ganz besonderes Glanzstück des Arbeiterverrats. In der letzten Sitzung des Stadtrats empfahl der SPD-Bürgermeister den Stadträten die Annahme des Antrages auf Durchführung der Diktatursteuern. Die SPD-Fraktion ließ durch ihren Sprecher erklären, daß sie diesem Antrag zustimme. Die darauffolgende Abstimmung ergab die Annahme mit allen gegen die Stimmen der Kommunisten.

Nazis, Knechte des Youngkapitals

Am 12. März d. J. erklärte der nationalsozialistische Führer Gregor Straßer im Reichstag laut amtlichem Protokoll, S. 4388:

„Wir erklären die uns durch die Young-Gesetze auferlegten Lasten und Bindungen namens der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei für null und nichtig.“

Wir werden vor dem Staatsgerichtshof des neuen Reichs die Köpfe derjenigen fordern, die die Young-Gesetze, in vollkommener Mißachtung der deutschen Lebensnotwendigkeiten, unterzeichnet... Hinweg mit den Haager Gesetzen, die Deutschlands Zukunft vernichten sollen! Hinweg mit dem Fetzen Papier! Fort mit allen, die an dieser landesverräterischen Melatut mitwirken werden.“

Am 29. Oktober erklärten die Nazis im Reichstag durch den Mund Reventlows, die Nazis hätten nie die Zerrellung, sondern immer nur die Revison des Young-Plans gefordert. Daraufhin stimmten sie geschlossen

gegen den kommunistischen Antrag auf sofortige Einstellung aller Young-Zahlungen und Annullierung des Versailler Vertrages.

Niemals dokumentierten die Nazis offener, daß sie die bezahlten Söldlinge des internationalen Young-Kapitals sind. Niemals zeigte sich klarer, daß nur die Kommunistische Partei für die Zerrellung der Sklavenketten des Young-Plans kämpft.

25 Jahre SPD, jetzt RGD.

Uebertritt in einer Margies-Berjammlung

Essen, 20. November. (Eig. Drahtmeld.) In einer Kundgebung in Lünen, in der unser Genosse Rudolf Margies sprach, trat unter dem Eindruck des Referats der SPD-Genosse Paul Singer, der seit 1905 in der SPD organisiert ist, zur kommunistischen Partei über. Der Genosse Singer hat in der Sozialdemokratischen Partei wichtige Funktionen wie Gemeindevorsteher, Schiedsrichter usw. bekleidet. Der Genosse erklärte in der Berjammlung, daß er alle seine Kräfte anspannen werde, um mitzuhelfen an der Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse zum Sturz für ein Sowjetdeutschland.

Der entführte Karabiner regiert

Jugoslawien, 20. November. Die Kommunistische Partei hat in Schwobenhäusen eine Berjammlung einberufen, die sich mit der Politik der bürgerlichen Parteien und der SPD. beschäftigen sollte. Kurz vor Beginn der Berjammlung erschien ein Vertreter des Bezirksamtes und überbrachte das Verbot derselben mit der Begründung, daß durch die Berjammlung „die öffentliche Sicherheit gefährdet“ sei. Um ein Stattfinden derselben in jedem Falle zu vereiteln, war das Lokal von grüner Polizei besetzt. Die zahllos erschienenen Arbeiter und Kleinbürger konnten sich so von der „Demokratie“ der bayerischen Diktaturregierung überzeugen. Diese „Demokratie“ wurde noch drastischer

Niemals

darfst du deine eingekerkerten Klassengenossen

vergessen

darum unterstütze im Betrieb, im Verband, auf der Stempelstelle, in jedem Arbeiterhaus

die Winterhilfsaktion der RHD.

zur Unterstützung der Frauen und Kinder unserer politischen Gefangenen!

teilungsweise und geschlossen in den roten Verband zu überführen, die Mitglieder des ADGB in Massen für den Eintritt zu gewinnen und doch die Arbeit in diesem Verband weiterzuführen, bis der letzte ehrliche Prolet von den Brüning-Sozialisten und Borfignedchten losgelöst ist. In den anderen Industriezentren und im gesamten Reich gilt es jetzt, neben dem Aufbau starker RGD-Gruppen in allen Betrieben und Stempelstellen, in jeder Gewerkschaft partei RGD-Fraktionen zu bilden, um die Gehirne der sozialdemokratischen Klassenknechte zu ringen, sie für die revolutionäre Front zu gewinnen. Die noch heute hinter dem ADGB. marschierenden Truppen müssen für das Lager der RGD gewonnen werden. — Das ist das Ziel der innergewerkschaftlichen Arbeit.

Millionenmassen sind in revolutionärer Gärung. Die Rebellion der sozialdemokratischen Arbeiter wächst. Die SPD-Führer werden zur Unterstützung des Brüning-Kurses neue

illustriert, als beim Anrücken eines Trupps Genossen, die zur Berjammlung wollten, der leitende Schupooffizier kommandierte:

„Antreten! Karabiner schubbereit anlegen! Waffendurchsuhung!“

Nach dieser Polizeiprozokation, die den schärfsten Protest aller Anwesenden hervorrief, wurden die Genossen verhaftet. Daß kein Arbeiterblut floß, ist nur der eiserne Disziplin unserer Genossen zu verdanken.

Hufemanns bürgerliche Ehrenrettung

Berhandlungen mit der Regierung über Nichtkündigung der Bergarbeitertarife ist „kein Arbeiterverrat“

Bochum, 20. November. (Eig. Bericht.) Gegen die Redakteure des „Ruhr-Echos“ Birkenhauer und Schroer und den Reichstagsabgeordneten Genossen Florin fällt das Bochumer Gericht ein skandalöses Klassenurteil. Die Genossen wurden wegen Beleidigung des sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten und Gewerkschaftsangehörigen Hufemann zu je 300 Mark Geldstrafe verurteilt. Das Gericht mußte zugeben, daß auch Hufemann sich formelle Beleidigung gegenüber den Angeklagten zuschulden kommen ließ, es lehnte aber ab, bei einer Wiederlage der beleidigten kommunistischen Redakteure einen Antrag auf Immunitätsaufhebung für Hufemann zu stellen.

In der Verhandlung mußte Reichsminister Curtius zugeben, daß es „möglich, sogar sehr wahrscheinlich“ ist, daß er mit Hufemann eingehende Berprechungen über die Nichtkündigung der Bergarbeitertarife gepflogen hat. Trotz dieses Tatbestandes wurden die Genossen verurteilt, weil sie von einem „verräterischen Hufemann-Kurs“, „skrupellosem Verrat“, von „verbrecherischer Koalitionspolitik“, „üblichem Schwindel“ und von „Hufemanns Schurkenstreichen“ usw. gesprochen haben.

In Albanien ist eine Regierungskrise ausgebrochen. Der ehemalige Ministerpräsident Madhed Konika hat den Auftrag erhalten, die Regierung neu zu bilden. Konika hat beschlossen, die Kammer aufzulösen und Neuwahlen auszuschieben.

Schandtaten, weitere Streikbrüche durchzuführen. Arm in Arm mit den nationalsozialistischen, deren anderen Vertretern des Kapitalismus, stehen sie immer mehr als Todfeinde den Massen des arbeitenden, um Brot, Arbeit und Freiheit kämpfenden Volkes gegenüber.

An der Spitze der Massen in den Betrieben, der Unorganisierten und der Organisierten, an der Spitze der Armee der Erwerbslosen geht die RGD — in engster Verbindung mit der SPD — ihren Weg, organisiert die Streiks um Lohn und Brot, baut ihre Kampforganisationen auf und hilft mit die Voraussetzungen zu schaffen, damit eines Tages das schmutzige System der kapitalistischen Lohnknechtschaft Platz macht dem Sieg der Arbeiterklasse, dem Aufbau des Sozialismus.

Zur Organisierung des Kampfes um Lohn und Brot

An die Bergarbeiter der europäischen Länder!

Bergarbeiter! Kameraden!

Die Krise des Weltimperialismus nimmt immer schärfere Formen an. Alle Versuche, die Wirtschaftskrise in den einzelnen Ländern durch verschärfte Rationalisierung zu beseitigen, sind gescheitert. Die Rationalisierung hat nur zur ungeheuren Steigerung der Leistung der Arbeiterschaft und damit zu einer größeren Vermehrung des Arbeitslosenheeres geführt. Die Erscheinung, die wir jetzt in allen kapitalistischen Ländern haben, das Millionenheer von Arbeitslosen, denen der Kapitalismus keine Arbeit und kein Brot geben kann, zeugen mit aller Deutlichkeit, daß die kapitalistische Produktion und Wirtschaft bis in ihre Grundfesten erschüttert ist und die Zeit zu ihrer Beseitigung durch das Proletariat herankommt.

Die Wirkung der Krise des Weltimperialismus brückt sich mit besonderer Schärfe im Bergbau aus. Hier ist die Rationalisierung in den letzten Jahren mit den brutalsten Mitteln durchgeführt worden. Im Jahre 1920 ist in allen Ländern mit durchweg verminderten Leistungen eine noch nie gekannte Förderleistung erreicht worden. Gewaltige Gewinne haben die Grubenkapitalisten erzielt. Die Löhne der Bergarbeiter dagegen haben nicht die geringste Erhöhung erfahren. Im Gegenteil, ihr Reallohn wurde noch verschlechtert.

Höhere Gewinne für das Grubenkapital, Säufung der Massengräber, wie Hausdorf, Alsdorf und Maybach, für die Bergarbeiter

Das Resultat der durchgeführten mörderischen Rationalisierung. Die brutal durchgeführte Rationalisierung und Steigerung der Leistung hat nur zur Verschärfung der Krise im Bergbau beigetragen. Jede Tonne durch Rationalisierung mehr gewonnene Kohle hat die Entlassung von mehreren Bergarbeitern zur Folge. Deshalb sehen wir in England, in Deutschland, in Polen, in der Tschechoslowakei das Heer der arbeitslosen Bergarbeiter immer größer werden. Die Krise nimmt nicht ab, sondern sie verschärft sich immer mehr.

Die Grubenkapitalisten in allen Ländern versuchen durch neuen Lohnraub, durch neue Rationalisierungsmethoden, durch neue Verlängerung der Arbeitszeit die Kosten dieser Krise auf die Bergarbeiter abzuwälzen. In England, in Belgien, in Frankreich, der Tschechoslowakei, überall neue Angriffe auf Lohn- und Arbeitszeit der Bergarbeiter.

An der Spitze der internationalen Lohnräuber marschiert jetzt das deutsche Grubenkapital. Die deutsche Bourgeoisie, das deutsche Industrie- und Bankkapital im Verein mit der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbürokratie hat den Young-Plan mit den internationalen Bankmagnaten abgeschlossen. Auf Grund dieses Young-Planes verpflichten sich die deutschen Machthaber zur Zahlung von Milliarden an das internationale Finanzkapital.

Diese Milliarden will man jetzt durch verschärfte Ausbeutung aus den Knochen der Arbeiter herauszolen.

Das deutsche Grubenkapital will nicht nur die Kosten der Krise, sondern die Young-Lasten auf die Bergarbeiter abwälzen,

darüber hinaus noch seine Gewalttaten vergrößern, um verstärkt die imperialistischen Kriegskrisen gegen Sowjetrußland fortsetzen zu können.

In diesem Ziel sind sich das deutsche Grubenkapital, Reichsregierung und sozialistische Gewerkschaftsbürokratie einig. Deshalb organisieren sie gemeinsam den Lohnraub an den deutschen Bergarbeitern.

Im Ruhrrevier hatten sie die Lohnverträge zum 1. Dezember gekündigt. Im Ruhrgebiet läuft der Lohnvertrag am 31. Dezember und in Oberschlesien am 31. Januar 1931 ab. Überall verlangen die Grubenherren einen Abbau der Löhne um 10 Prozent. Unter dem Schwindel eines Preisabbaues haben die Regierung und die sozialistische Bürokratie sich bereits mit einem Lohnabbau einverstanden erklärt. Um der sozialistischen und christlichen Gewerkschaftsbürokratie den Arbeiterbetrug zu erleichtern, soll der Lohnabbau durch Schiedsgerichte und Schiedsprüfung billigt werden. Die Bergarbeiter Deutschlands stehen daher vor schweren Kämpfen gegen Lohnraub, für Lohnhöhe und sofortige Einführung der Lebensfundschaft. Zu diesen Kämpfen rufen sie in allen Bergrevieren.

Der Ausgang dieser Kämpfe wird von entscheidender Bedeutung für die Bergarbeiter aller kapitalistischen Länder sein. Gelingt es, die Löhne der deutschen Bergarbeiter herabzusetzen, so wird das ein Anlaß für das französische, englische, belgische, polnische und tschechische Grubenkapital sein zu einer neuen Lohnrauboffensive.

Deshalb richtet das internationale Komitee der Bergarbeiter an die Bergarbeiter aller Länder den dringenden Appell, in allen Ländern gemeinsam mit den deutschen Bergarbeitern zu rufen zum Kampf um Lohnhöhe und Arbeitszeitverkürzung.

Um in diesem Kampf ein enges Kampfbündnis der europäischen Bergarbeiter zu schließen, fordert das internationale Komitee alle Bergarbeiter und Bergarbeiterorganisationen auf, Delegierte zu einer Konferenz der Bergarbeiter aller europäischen Länder für den 20. Dezember 1930 nach Essen zu entsenden. Die Konferenz muß Stellung nehmen

1. zum Kampf um Erhöhung der Bergarbeiterlöhne;
2. zum Kampf um die Einführung der sechs- bzw. siebenstündigen Schicht;
3. zum Kampf gegen Unfallgefahren und die Bergbaukatastrophen

Bergarbeiter! Kameraden! Bergarbeiterorganisationen!

Nehmt sofort Stellung auf allen Gruben in allen Bergrevieren, und wählt Delegierte zu dieser Konferenz!

Es lebe der Kampf der Bergarbeiter aller Länder!
Berlin, den 18. November 1930.

Internationales Komitee der Bergarbeiter

Dokument über die Schuld am Alsdorfer Massenmord

Schlagende Wetter schriftlich durch Steiger festgestellt

Merkwürdig still ist es in der kapitalistischen Presse über Alsdorf geworden. Neben mir nicht und schreiben wir nicht darüber, um so schneller wird Alsdorf vergessen sein — um so freier werden die Mörder der 280 Bergarbeiter herumlaufen können. Das ist der Gedanke, der all die Verteidiger der kapitalistischen Ausbeutung beseelt.

An ihrer Spitze steht der preussische Handelsminister Dr. Schreiber. Er gab am 5. November im Preussischen Landtag das Stichwort. Dieser Handelsminister hatte angesichts der fast 300 Toten den Mut, vor der Öffentlichkeit zu erklären, daß er zu der Feststellung gekommen sei, daß kein Grund vorliege, um den Betriebsleitern von Alsdorf einen Vorwurf zu machen. Er erklärte weiter, daß niemals Schlagwetter in nennenswertem Umfang festgestellt worden seien. Sein Ministerkollege Rothert, der Leiter des Grubenwachsamtes, erklärte ebenfalls, daß die Zeugenerkenntnisse kein Auftreten von Schlagwettern in der Zeit vor dem Unglück ergeben haben. Auch seien die Behauptungen in dem kommunistischen Antrag vom 24. September über Höhlräume nicht richtig. Es seien in den Gruben keine Höhlräume festzustellen.

Zu dieser letzten Frage berichtet jetzt der untersuchende Ausschuss selbst, daß Höhlräume vorhanden sind, in die man Häuser hinein-

sehen kann. Diese Feststellung kennzeichnet die Behauptung des Ministers und seiner Räte zur Genüge.

Aber auch die Erklärungen über Schlagwetter sind eine unerhörte Irreführung der Öffentlichkeit. Der Minister stellt Behauptungen auf, die sofort als unwahr widerlegt werden können. Aus dem uns in großem Maße zur Verfügung stehenden Material seien hier nur zwei Tatsachen angeführt:

Am 6. Oktober haben Schlagwetter in so großen Mengen gestanden, daß die in dieser Abteilung beschäftigten Arbeiter beläutet wurden und einer sogar ins Krankenhaus gebracht werden mußte. Jeder weiß aber, daß, wenn die Schlagwetter schon zur Beläutung der Arbeiter führen, sie in so großer Menge stehen müssen, daß alle Grubenbauwerke davon gefällt sind. Des weiteren kann durch eine ganze Reihe von Zeugen festgestellt werden, daß in dem Revier 10, in dem die 80 dort beschäftigten Bergarbeiter bis auf einen getötet wurden, ein sogenannter Unterwerksbau betrieben wurde. Dieser Unterwerksbau wurde fast überhaupt nicht bewehrt, da die Wetterrisiko seit Monaten vollkommen zu Bruch lag. Hier standen die Schlagwetter ständig, was jederzeit durch eine Reihe von Zeugen bewiesen werden kann. Die Bergbehörde und der jetzt suchende Staatsanwalt hätten leicht die Möglichkeit, das auch festzustellen. Eigenartig aber, sie können keine Feststellungen machen.

Aber nicht nur durch Zeugenaussagen, sondern auch durch die bestehende, in fastmelle wieder-gegebene Anweisung wird das geradezu verbrecherische Verhalten der Schlagwetter festgenagelt.

Das hier wiedergegebene Fassmitle ist ein Blatt aus dem Schichtenbuch eines Steigers. Das Blatt befindet sich in unserem Besitz. Es ist beschriebenen am 7. oder 8. Oktober. Der Inhalt ist folgender:

„Schnetter!

Gehen Sie sofort mit einer Rolle Wettertuch nach der Transportstraße 175 und hängen dort die Ruthe 175 Bastes zu, damit die Wetter 175 R. heraufgehen. Die Stricke steht von oben bis zum Kohlenmotor voll Schlagwetter.

Dringend!
Eilt!

Hier ist also schwarz auf weiß niedergelegt, daß Schlagwetter in unglaublichen Mengen gestanden haben. Dies wird auch bestätigt durch die jetzt uns zur Verfügung stehende Skizze des Grubenbildes.

Wo sich Wetter zeigten, wurden sie sofort beseitigt, so versicherte der Minister und seine Räte vor dem Landtag. Wie sie beseitigt wurden, das zeigt uns obige Anweisung. Ein Stück Wettertuch wurde davorgehängt. Im übrigen blieben die Schlagwetter stehen. Der Steiger, der die Pflicht hatte, die arbeitenden Leute dort sofort wegzunehmen, schrieb einem anderen einen Zettel, damit war alles erledigt, bis die Katastrophe eintrat. (Der Steiger handelte unter Druck der Anweisungen der Direktion.) „Wir können nichts feststellen,“ so erklären die Beschützer der Grubenkapitalisten. Für sie ist die Angelegenheit erledigt.

Für die Bergarbeiter ist und darf das Verbrechen von Alsdorf nicht erledigt sein. Die 280 toten Kameraden fordern, daß die Schuldigen festgestellt werden. Die Schuldigen sind die Grubenverwaltung und die Bergbehörden, aber auch die preussische sozialdemokratische Regierung und die Sozialdemokratische Partei, die das Verbrechen von Alsdorf vertuschen wollen. Auf Anweisung der Regierung und des Zentrums haben die Sozialdemokraten selbst die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses durch den Landtag abgelehnt, um damit die Untersuchung, an der auch Kommunisten und Arbeiter teilnehmen, zu verhindern und unmöglich zu machen. Doch die Herrschaften irren sich. Rücksichtslos werden wir das Verbrechen anzugeln und immer und immer wieder die Bestrafung der Schuldigen fordern.

Grzesinski und das Ausnahmegesetz aus der Kaiserzeit

Von Ernst Lorzler, MdB.

Die Ankündigung des sozialdemokratischen Polizeipräsidenten von Berlin, Grzesinski, „er werde ernstlich erwägen, ob er nicht von dem § 13 des Reichsvereinsetzungsgesetzes in ihm geeignet erscheinenden Fällen Gebrauch machen wird und Beauftragte in öffentlichen Versammlungen mit der Befugnis zu entsenden, die Versammlung nach § 14 des Reichsvereinsetzungsgesetzes für aufgelöst zu erklären, wenn die gesetzlichen Voraussetzungen dafür gegeben sind“, gibt Veranlassung, nachzuforschen, um welche Bestimmungen welchen Gesetzes es sich handelt, und unter welchen Umständen dieses Reichsvereinsetzungsgesetz zustande gekommen ist. Das Reichsvereinsetzungsgesetz, auf das Herr Grzesinski sich stützt, datiert vom 19. April 1908, d. h. aus der Zeit Wilhelms II., und aus der Zeit, wo Bethmann Hollweg der Staatssekretär des Innern und in dieser Eigenschaft der Vater des reaktionären Ausnahmegesetzes war. Die Änderungen, die am 26. Juni 1916 und am 19. April 1917 vorgenommen worden sind, beziehen sich nur auf die Frage, ob in öffentlichen Versammlungen auch der Gebrauch der nichtdeutschen Sprache gestattet ist, fallen also bei den beiden Paragraphen, auf die Herr Grzesinski sich bezieht, nicht ins Gewicht. Doch sich Herr Grzesinski um die Verordnung der Volksbeauftragten vom 12. November 1918, in der es heißt, daß „das Vereins- und Versammlungsgesetz keiner Beschränkung, auch nicht für Beamte und Staatsarbeiter, unterliegt“, gar nicht kümmert und damit eine Er-rungenschaft der Revolution von 1918, auf die die SPD. doch so stolz ist, einfach beseitigt, sei nur nebenbei erwähnt.

Gegen dieses reaktionäre Vereinsgesetz haben 1908 nicht nur die Sozialdemokraten, sondern auch das Zentrum einen entscheidenden Kampf im Reichstage geführt. Bei der dritten Lesung dieses Gesetzes am Mittwoch, dem 8. April 1908, hat der sozialdemokratische Redner, der Abgeordnete Ledebour, seine Ausführungen folgendermaßen begonnen:

„Meine Herren! Das Gesetz, dessen Lesung wir gegenwärtig vornehmen, ist ein Ausnahmegesetz schlimmster Art. In seinen Hauptbestimmungen befähigt es für das Deutsche Reich den Zustand polizeilicher Bevormundung, der in einigen größeren Staaten gegenwärtig bereits besteht.“

In derselben Sitzung vom Mittwoch, dem 8. April 1908, erklärte der sozialdemokratische Abgeordnete Sebering:

„Wir können bei jeder großen Streikbewegung bemerken, daß wenn Händelhanden auf dem Plan erscheinen, dann sofort Ruhe und Ordnung in Frage gestellt werden.“

Vielleicht liest der preussische Polizeiminister Sebering einmal diese seine Rede nach, in der er gegen polizeiliche Bevormundung und in der er die Streikbewegung der verschiedenen Berufsstände, die durch dieses Gesetz der Polizei eingeengt werden sollten, lobt.

Wie haben die sozialdemokratischen Abgeordneten Seglen, Qué, Dr. Franz, Heise und noch andere gegen dieses reaktionäre Ausnahmegesetz vom Ober gegogen. Gegen das alte Gesetz, das für den sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Grzesinski die Grundlage für die Einführung des neuen Bevormundungsgesetzes darstellt, (Fortsetzung des Artikels auf der letzten Seite Kladderbüttel)

stellt. Die demgegenüber beispielweise der Zentrumsaabgeordnete Gröber dieses Ortes:

„Statt des erhofften und erwarteten Gesetzes betreffend die Vereins- und Versammlungsfreiheit ist uns ein Gesetz zur Beschränkung des Vereins- und Versammlungswesens und zur polizeilichen Bewachung des Volkes vorgelegt und zur Annahme gebracht worden. Der Grundgedanke der Vorlage ist die alle polizeiliche Aufsicht von anno tabae, daß politische Versammlungen und Vereine etwas Böses oder mindestens etwas höchst Gefährliches seien, bei denen man erst die Polizei herbeirufen und vorkommen lassen muß, damit kein Unglück geschehe. Ohne Vorkommen zu lassen, damit kein Unglück geschehe. Ohne Vorkommen zu lassen, damit kein Unglück geschehe. Ohne Vorkommen zu lassen, damit kein Unglück geschehe.“

Sicherlich am wichtigsten und interessantesten ist aber die Stellung der Sozialdemokraten bei der damaligen Beratung zu den beiden Paragraphen 13 und 14, eben jene Paragraphen, deren Anwendung Herr Gröber jetzt anklagt. Der sozialdemokratische Abgeordnete Wolfgang Seiner führte in der Sitzung vom Montag, dem 6. April 1908, dazu folgendes an:

„Das, was die Behörden wollen, was der Bloß hier vorschlägt, ist nichts anderes als ein Vereins- und Versammlungsrecht unter politischer Kontrolle, unter Polizeiaufsicht. Und nicht genug, daß man der Polizei das Recht einräumt, in Versammlungen hineinzugehen, so soll die bevorzugte, die autoritäre Stellung, welche die Polizei einnimmt, nach dem Entwurf auch noch dadurch gefestigt werden, sie solle einen angemessenen Platz bekommen.“

Und wie spottete der sozialdemokratische Abgeordnete Seiner in der Sitzung vom Freitag, dem 3. April 1908, über die Bestimmung-

gen bezüglich des Waffentragens, die dem Absatz 4 des § 11, den ja Herr Gröber jetzt anwenden will, zugrundeliegen!

So sagte er u. a.: „Es wird doch kein Mensch mit einer Kanone oder einem Maschinengewehr bewaffnet in eine Volksversammlung gehen. Es wird auch niemand mit einem Gewehr in die Versammlung gehen, so daß die Sache tatsächlich keinen Sinn hat, wenn sie nicht den Sinn haben soll, der Polizei die Möglichkeit zu geben, die Versammlung möglicherweise aufzulösen oder sonst un-möglich zu machen.“

So die Neuerungen, die von den sozialdemokratischen Rednern damals über dieses Vereinsgesetz und insbesondere über die beiden Paragraphen 13 und 14 gemacht worden sind. Bei der Schlussabstimmung wurde das Gesetz gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und des Zentrums angenommen.

Heute ist es ein Sozialdemokrat, Herr Gröber, der dieses reaktionäre Ausnahmegesetz, das 1908 von den rechten Sozialdemokraten, wie Dr. Frank und Heine, und auch vom Zentrum auf das schärfste bekämpft wurde, herausjudet und die beiden schlimmsten Paragraphen gegen die revolutionäre Arbeiterklasse anwenden will.

Herr Gröber liefert mit der Ankündigung der Anwendung dieser Paragraphen 13 und 14 des Reichvereinsgesetzes von 1908 erneut den Beweis, daß den Sozialdemokraten jedes Mittel recht ist, um die Arbeiterklasse niederknuppeln und um den Weg freizumachen für die sozialistische Diktatur in Deutschland.

Herr Gröber kann aber überzeugt davon sein, daß Polizeiterror und Vorkommenmethoden aus der alten kaiserlichen Zeit, auch wenn sie von Sozialdemokraten angewendet werden, das revolutionäre Proletariat in seinem Vormarsch nicht aufhalten können.

Sie wird als Menschenpflicht betrachtet, dafür zu kämpfen, daß die durch Pflichterfüllung sozialdemokratischer Führer im republikanischen Deutschland hungernden und täglich von unter sozialdemokratischer Führung stehenden Volksgenossen mißhandelnden Proletarier zu ihrem Recht gelangen. Also, alle Gefühlsakrobaten, an Koste, Förgiebel usw. Anschauungsunterricht nehmen, und dann noch von Menschlichkeit überhaupt reden, das ist allerhand, dazu sind wir nicht fähig.

Striegau

Werkwürdige Praxis der Firma Lehmann
Man schreibt uns: Die Firma Lehmann, die sich in der Oeffentlichkeit immer als „sozial“ ausgiebt, legt dieses „soziale Gefühl“ in eine Art von Praxis um, die verdient, einmal angebrannt zu werden. Obwohl es hier genug Erwerbslose und Wohlfahrtsempfänger gibt, beschäftigt die Firma Leute, die eine Person beziehen, und diese Personäre dürfen dann noch 42 Mark die Woche verdienen. Wir sind der Ansicht, daß zuerst die Wohlfahrtsempfänger berücksichtigt werden müssen, die bei ihrer Hungerunterstützung betteln gehen müssen, wenn sie leben wollen. Wir hoffen, daß dieser Hinweis genügen wird, um hier Abhilfe zu schaffen.

Bolkenhain

Kleiderbrüder
Wenn die SPD. Plakate kleben läßt, dann schreibt sich Paul Löhner Nummer 2 (Fiedler) in der „Dredwacht“ die Finger wund mit ellenlangen Artikeln über Schmierereien. Diese Woche hat Paulchen seine Getreuen angefordert mit Zetteln, die Stadt zu plakatieren und für die Förgiebel-Partei zu werben. Wir haben absolut nichts gegen die Plakatierung der SPD., obwohl alle Fenstercheiben, Türen etc. beschmiert werden. Wird dieses aber von der SPD. getan, so heißt es sofort Schmiererei. Wenn es aber die SPD. tut, ja, wenn zwei dasselbe tun, dann ist es nicht dasselbe.

Arbeiterportler

Sonntag, den 23. November, 9 Uhr, findet im „Edelstein“ in Waldenburg eine Konferenz aller roten Arbeiterportler des Kreises Waldenburg statt. Vertreter der Reichsleitung der oppositionellen Arbeiterportler ist anwesend.

Waldenburger Bergland

Waldstein

Aus der Sportbewegung

Am 13. November tagte im Gasthaus „Zum Försterhaus“ eine Parteiführung, welche von acht Sportvereinen vertreten war. Auf der Tagesordnung stand u. a. die Verteilung der Gelder für 1930, die im Etat festgelegt sind. War es in den vergangenen Jahren immer der Turnverein, der bei der Verteilung Schwierigkeiten machte, indem er immer den Löwenanteil beanspruchte und durch das Verhalten der Gemeinde auch bekam, so fordert er dieses Jahr die gesamten 700 Mark. Die Erbitterung der anderen Vereine über eine solche Frechheit war sehr groß. Man legte Protest dagegen ein durch öffentliche Sportveranstaltungen und auch durch Demonstrationen. Eine lebhafteste Debatte entwickelte sich über den Verkauf des Sportplatzes an der Salzbrunner Straße von Seiten der Gemeinde an den Turnverein. Es wurde vor allem betont, daß die Turner nicht berechnigbar waren, den Platz zu kaufen, sondern in erster Linie das Kartell als Käufer in Frage gekommen wäre, weil ja protokolllarisch festgelegt ist, daß wohl der Turnverein vom Kartell als Pächter eingekauft wurde, das Kartell aber die Oberhand des Platzes besitzt, die anderen Kartellvereine aber dasselbe Recht haben wie die Turner. Das Verhalten des Gemeindevorstehers wurde von allen Kartellvereinen auf das schärfste verurteilt. Nach längerer Aussprache wurde folgende Resolution angenommen:

„Die am 13. 11. 1930 im Gasthof zum Försterhaus tagende Parteiführung, welche durch sieben Vereine vertreten war, erhebt schärfsten Protest gegen die geplante Geldverteilung, wonach nur einem Verein die im Etat eingelezten 700 Mark zugesprochen werden sollen. Das Kartell fordert, daß die Gelder der dem Kartell angeschlossenen Vereine zu gleichen Teilen verteilt werden sollen. Ferner erheben die Vereine nochmals schärfsten Protest gegen den ungerechten Verkauf des Sportplatzes an der Salzbrunner Straße und fordern von der Gemeinde, daß der Verkauf wieder rückgängig gemacht wird, und von Seiten der Gemeinde der Ausbau des Platzes übernommen wird, und allen Sportvereinen die Garantie gegeben wird, sich sportlich zu betätigen. Ferner erheben die Vereine schärfsten Protest gegen die rücksichtslose Behandlung des Sportplatzes und seiner angeschlossenen Vereine sowie deren Anträge von Seiten der Gemeinde.“

Unter Punkt Verschiedenes stellte Sportkollege Köhler folgende Anfrage: „Wie stellen sich die Mitglieder der Kartellvereine ein, wenn ein tatsächlicher Umsturz eines Tages ausbrechen sollte. Es war den Sportgenossen Hölig und Wanned ein leichtes, nachzuweisen, daß es nur der Passivität der Sozialdemokratischen Partei und ihrer Führerschaft zu verdanken ist, daß die tatsächliche Gefahr derzeit weichen konnte. Die kommunistische Partei ist bereit, mit der Arbeitstumpfen und Sportgenossen in schärfster Form gegen die Bewegung vorzugehen, aber niemals mit ihrer Führerschaft, wie Ewering, Gröber usw.“

Deshalb, Arbeiterportler! Reicht euch ein in die Reihen der roten Klassenfront und kämpft gegen den Faschismus.

Schweidnitz

Wie man Erwerbslose mürbe machen will

Zum Schweidnitzer Arbeitsamt gehört die Nebenstelle Saara. Dort denkt man mit den armen Erwerbslosen zu machen, was man will. Eine der beliebtesten Maßnahmen ist dort die willkürliche Entziehung der Unterstützung. Die seltsamsten Gründe werden dabei angeführt, wo man schon von vornherein feststellt, daß beim Einbruch die Unterstützung sofort wieder gewährt werden muß. Es scheint dem Nebenstellenleiter ein satanisches Vergnügen zu bereiten, einen Erwerbslosen wenigstens eine Woche ohne Unterstützung und dafür hungern zu lassen. Nur zwei Fälle sollen hier zeigen, daß der Nebenstellenleiter reif ist, zum Teufel gejagt zu werden. Einem Erwerbslosen wird die Unterstützung gesperrt, weil er ein Biiegenpferd, welches schon zwei Jahre in seinem Besitz war, verkauft, und diesen „Rebenverdienst“ nicht angegeben hatte.

Weiter wurde die Unterstützung gesperrt, weil ein Vater seine Tochter, welche in der Landwirtschaft beschäftigt ist, zwei Fuder Häfen hatte ansladen lassen, und diese „Rebenbeschäftigung“ verschwiegen hatte. Man muß sich wirklich fragen, ob der Nebenstellenleiter G. noch im Besitze seiner Verstandeskräfte ist? Gegen seine irrigen Entscheidungen ist sofort Beschwerde erhoben worden. Zeit wäre es, daß dieser Mensch von seinem fetten Posten verschwindet.

Seitendorf

SPD. Gefühlsakrobaten

Nachdem sich in der Nr. 266 der „Dredwacht“ ein Seitendorfer „Dreiwort“ seine patriotischen Bandschmerzen abtrugte, und

dabei in demagogischer Weise den Vertretern der SPD. des halben Mangel an Menschlichkeit zum Vorwurf macht, weil diese einen Beitrag an den Volksbund Deutsche Kriegergräberfürsorge ablehnten, sei seinem nationalen Gefühlsergüß einmal folgendes entgegengehalten: Die SPD. wird in solchen Fällen immer so handeln.

Revolutionäre Frauen wählen Delegierte zum Reichstongreß

Nachdem aus allen Industriorten des Unterbezirks in Frauenversammlungen Delegierte nach Waldenburg gewählt waren, fand am Sonntag im „Edelstein“ die Frauen-Delegierten-Konferenz statt. Dieselbe war von 36 Frauen und vielen Gästen besucht. Genossin Reichstagsabgeordnete H. H. aus dem Mansfelder Kampfgebiet zeigte im zweistündigen Referat die Aufgaben des am 22. und 23. November in Berlin stattfindenden Reichstongreffes werktätiger Frauen und Hausfrauen. Die interessantesten Ausführungen wurden von den Delegierten mit Begeisterung aufgenommen. Tiefes Schweigen herrschte, als Genossin Ahlers den heroischen Kampf der Bergarbeiterfrauen während des Mansfelder Streiks schilderte. Die Frau soll den Kampf des Mannes nicht durch Unwillen erschweren, sondern denselben mit allen Mitteln unterstützen. Großer Beifall lohnte die aufstrebenden Ausführungen. An der Aussprache beteiligten sich elf Genossinnen.

Hier kam so recht die Not der Arbeiterklasse im Waldenburger Revier zum Ausdruck. Besonders ergreifend waren die Schilderungen der Delegierten über die Lebenslage der Paradenbewohner von Ober-Altwasser.

Die Paraden wurden gebaut, um kinderreiche Familien in kleinen Stuben zusammenzupferchen, um diese Unglücklichen dann als Menschen zweiter Klasse zu behandeln. Weiter sprachen die Delegierten,

wie Frauen im Betriebe, in der Landwirtschaft, Balbarbeit und bei Arbeiten im fremden Haushalt bei geringer Bezahlung ausgebeutet werden. Die bürgerlichen Herrschaften nützen die Notlage noch zu ihren Gunsten aus, indem sie sich von jungen Mädchen als sogenannte „Lehrmädchen“ den Dred für monatlich fünf Mark ausräumen lassen. Das Verusamt gibt sich dazu her, jungen Mädchen solche Stellen zu vermitteln, wo sie dann nach zweijähriger „Lehrzeit“ entlassen werden, da sich die „Herrschaften“ nur noch billige „Lehrmädchen“ halten werden.

Nach der regen Aussprache wurde Genossin Spitzer, Nieber-Salzbrunn, als Delegierte zum Reichstongreß gewählt, um dann in jeder Ortsgruppe über die beschlossenen Kampfmaßnahmen zu berichten.

Der Verlauf der Delegierten-Konferenz bewies, daß die proletarischen Frauen auch in unserem Revier aufwachen und gewillt sind, am Kampf gegen die vollkommene Versklavung der Arbeiterklasse teilzunehmen.

Genossin Bräuer forderte am Schluß die Anwesenden auf, unermüdet unter den Frauen ausfindend zu wirken, um dieselben den bürgerlichen Frauenvereinen zu entreißen und für die Idee des Kommunismus zu gewinnen. Mit dem Lied „Brüder, zur Sonne, zur Freiheit“ wurde die Konferenz geschlossen.

Niederschlesien

Glogau

Ueberfüllte Revolutionsfeier auch in Glogau

Bei einem überfüllten Saal veranstaltete am 16. November die Ortsgruppe Glogau ihre Revolutionsfeier. Die Agitprop-Truppe der Jugend bildete ausgezeichnet. Von den älteren Genossen wurde das Theaterstück „Festeln“ vorgeführt. Sämtliche Veranstaltungen wurden mit großer Begeisterung aufgenommen. Genossin Müller referierte über den Aufstieg der Sowjetunion und den Niedergang des internationalen Kapitalismus. Vor Schluß der Veranstaltung bildete sich vor der Bühne eine Kette und es erkante die letzte Strophe des Liedes „Die Straße frei den roten Bataillonen“. Während des Gesanges „Hat auch ein Sebering den KZV. verboten“ ging der Vorhang hoch und es erschien eine Gruppe des Roten Frontkämpferbundes mit der KZV-Fahne. Viele Ueberrauschung löste ungeheure Begeisterung aus. Mit dem Gesang der „Internationale“ wurde die Veranstaltung geschlossen. Es wurden Aufnahmen für Partei, Jugend, Rote Hilfe und KZV. gemacht.

Liegnitz

Sie sind da!

nämlich die neuen Reichswehr Soldaten. Wochenlang haben die Epießer gejammert über den Verlust der „Königsgrenadiere“. Aber Gott und das Reichswehrministerium haben ein Einsehen, als Erstag wurde das Ausbildungsbataillon J. R. 8 von Lübben nach hier verlegt. „Festlich“ wurden die Soldaten empfangen. Ueberall hatte man zu Ehren der „republikanischen“ Reichswehr zum großen Teil schwarz-weißrote Lappen herausgehungen. Am Friedrichsplatz große Paradeauffstellung. Polizei und Feuerwehr versuchten, die Menge, welche sich das Theater ansehen wollte, zurückzuhalten. Trotzdem wurden die Absperrtaue gerissen und die „vaterländische“ Begeisterung mit dem Gummiknüppel und Verhaftungen „belohnt“.

Notwendig ist, die werktätige Bevölkerung immer wieder daran zu erinnern, daß die Stadt Liegnitz für diesen Umzug 1 000 000 Mark bezahlen mußte, alles Grobchen, welche der Werktätige in Form von Steuern bezappen muß. Es sei auch jeder daran erinnert, daß man nicht nur für die Reichswehr Geld übrig hat, sondern auch für Ermittelte. Für diese baute der Magistrat im „Fliegerhorst“ eine Weltliche Parade.

Greiffenberg

Am Sonnabend, dem 22. November, 10 Uhr findet im „Deutschen Reich“ unsere diesjährige Revolutionsfeier unter Mitwirkung und erstmaligem Auftreten der Agitproptruppe Lauban der SPD. statt. Erwerbslose 20 Pfg., Vollarbeiter 40 Pfg. Werktätige, erscheint in Massen!

Grünberg

Am Sonnabend: Auf in die Scholaut-Versammlung! Aus dem Riesengebirge Arbeiter, Arbeiterinnen und Angestellte!

Am Sonntag, dem 23. November, findet im Emmersdorfer Kreischam die 13. Revolutionsfeier, verbunden mit einem reichhaltigen Programm, statt. Arbeiter von Girschberg, unterstützt die Revolutionsfeier! Kasseneröffnung 19 Uhr, Anfang 20 Uhr. Erwerbslose 30 Pf., Vollarbeiter 50 Pf.

Immer noch Verhaftungen in Sagan

Zwei weitere Verhaftungen wurden vorgenommen, so daß es jetzt 14 Arbeiter sind, die in den Klauen der Justiz schmachten. Der arbeitslose Genosse Ernst Kollaja und ein junger Bruder von Anton Plottka wurden am Freitag vormittag von der Polizei, auf Anordnung der Staatsanwaltschaft, wiederum ohne irgendwelche vorliegenden Beweise, festgenommen. Auf diese Weise versucht man, die Leute mürbe zu machen und Gefährnisse herauszubringen. Als Helfershelfer der Nazis soll der erwerbslose Arbeiter Kerber, Brüderstraße 14, seine Hände im Spiel haben. Die Arbeiter Sagan werden derartige Handlungen zu beantworten wissen. Das Wochenblattchen hat jetzt viel Arbeit und kann fast jeden Tag von weiteren Verhaftungen sprechen. Diese Sprache mutet eigenartig an, denn vor noch nicht allzu langer Zeit schrieb dieses Blatt immer von den „paar Kommunisten“, „Grüppchen“ usw. Nun aber

auf einmal wurden es soviel SPD-Leute und das Wochenblattchen berichtet jetzt, daß es kein Wunder sei, daß die Nazis gegen eine solche Uebermacht verspielen mußten. Während jener Tintentuli überhaupt keine Kommunisten sah, phantastert er jetzt im Interesse der Polizei und der Justiz soviel zusammen, damit auf diese Weise die Verteilung von möglichst viel Kommunisten erfolgen kann. Dadurch soll dann die Zahl der Kommunisten wieder zusammenschumpfen. Nun, sowohl dieser schmierige Tintenteller als auch seine Auftraggeber dürfen sich gefast sein lassen, daß sie ein blaues Wunder erleben werden. Kommunisten und mit den Kommunisten sympathisierende Arbeiter sind aus anderem Holze geschnitten als solche Kreaturen, und so wird er und seine Freunde sehr bald erleben, daß der Vormarsch der Kommunisten durch diesen Terror nicht aufgehalten werden kann.

AP. der Ukraine fordert Ausschluß des Oppositionsblods

Charkow, 20. November. (Inprekorr.) Die gemeinsame Sitzung des Politischen Büros des ZK. und des Präsidiums der ZK. der Ukraine hat auf Grund des Materials über die Fraktionsstimmigkeit von Syzow, Dominadze, Schachin u. a. einstimmig folgenden Beschluß gefaßt:

Die gemeinsame Sitzung hält es für vollständig erwiesen, daß konspirative Gruppen Syzow und Dominadze befehlen, die einen prinzipienlosen rechts-„linken“ opportunistischen Block auf der Grundlage einer fraktionellen Plattform geschaffen haben, die sich im wesentlichen mit der Plattform der Rechtsabweichung (Bucharin, Rykow, Tomski) deckt, deren Propagierung der 15. Parteitag als mit der Zugehörigkeit zur Partei unvereinbar erklärte. Syzow und Dominadze haben eine fraktionelle Gruppenarbeit gegen die Partei und ihr ZK. betrieben. In ihrem Kampf gegen die Partei griffen sie zum System der politischen Doppelmoralität, betrogen die Partei und ihr ZK. und suchten durch diesen Betrug ihre parteifeindliche Fraktionsarbeit zu verheimlichen und zu maskieren.

Angesichts des außerordentlich scharfen Klassenkampfes, den die Partei alle ihre Kräfte für die Überwindung der Schwierigkeiten und für die Organisierung der breit entfalteten sozialistischen Offensive an der ganzen Front aufbietet, wo die Weltbourgeoisie die Schädlingselemente unter den bürgerlichen Fachleuten und unter den Kulaken organisiert und fast offen die Intervention gegen die Sowjetunion vorbereitet, — in diesem Augenblick ist die Fraktionsarbeit besonders unzulässig und stellt einen Verrat an den Interessen der proletarischen Diktatur dar.

In Anbetracht dessen und auf Grund des Beschlusses des 16. Parteitages über die Rechtsabweichung erachtet die gemeinsame Sitzung, daß jeder, der den Weg des Fraktionskampfes beschreitet, daß jeder Heuchler, jeder, der der Propaganda rechtsopportunistischer Anschauungen überführt ist, wer er auch sei, sofort aus den Reihen der Partei ausgeschlossen werden muß. Gegenüber Syzow, Dominadze und Schachin muß dies in erster Linie angewandt werden.

Die gemeinsame Sitzung hält es auch für notwendig, dem ZK. und der ZK. der KPSU die Frage der Haltung der Führer der Rechtsabweichung — Bucharin, Rykow und Tomski — zu stellen, die, obwohl sie sich formal von ihren Anschauungen losgerissen, in Wirklichkeit für den Kampf gegen die rechtsopportunistischen Elemente, für den Kampf für die Linie der Partei bisher nichts getan haben. Eine derartige Haltung Bucharins, Rykows und Tomski muß die Partei als heuchlerisch betrachten; diese Haltung deutet darauf hin, daß diese Genossen einfach einen geeigneten Augenblick für ihren Angriff auf die Partei abwarten. Das bestätigt auch die Haltung der bereits wegen ihrer Heuchelei und Fraktionsstimmigkeit ausgeschlossenen Genossen Bucharin — Ryutin, Glebow u. a. Das ZK. und die ZK. der KPSU. müssen gegenüber den Führern der Rechtsabweichung, die noch dem ZK. angehören, die vom 16. Parteitag vorgesehenen entscheidendsten Maßnahmen treffen, um die völlige Einheit der Parteireihen im entscheidendsten Augenblick der sozialistischen Offensive zu sichern.

Kurze Auslandsnachrichten

In Lima (Peru) wurden 70 kommunistische Arbeiter unter der Beihilfe verhaftet, die kürzlichen Unruhen im Grubenbezirk von Cerro de Pasco „angeklüffelt“ zu haben.

In Bugano begann der Prozeß gegen den Flieger Bassanelli, der feinerzeit im Flugzeug über Mailand zentnerweise antisowjetische Flugblätter abgeworfen hatte.

Nationalsozialistische Arbeiterpartei nennt sich bezeichnenderweise eine neue Partei in Dänemark, deren Hauptprogramm die Ausschließung der Frauen aus dem Parlament und den Gemeinden ist. Als Grund für diese Forderung wird angegeben, einer Frau fehle jedes Verständnis, um etwas Effektives in der Politik zu leisten. Der neuen Partei haben sich bisher fünf Abgeordnete angeschlossen.

Spanien in revolutionärer Gärung

Ausdehnung der Generalstreikbewegung — Madrid gleich einer belagerten Stadt — Kriegszustand in Barcelona

Madrid, 20. November. In Madrid streiken die Bauarbeiter und die Metallarbeiter geschlossen gegen die Anweisung der reformistischen Gewerkschaftsführer weiter. In den Vororten verharren alle Arbeitergruppen im Generalstreik. Sie verlangen die Absetzung des Polizeichefs und die Anerkennung der revolutionären Gewerkschaften, die vom General Berenguer wegen Streikverweigerung für „ungesetzlich“ erklärt worden sind.

Die Regierung hat alle verfügbaren Polizeikräfte sowie die Freiwilligen, die aus den umliegenden Provinzen Verstärkung erhalten hatte, in höchste Alarmbereitschaft gesetzt. Madrid hatte den Eindruck einer belagerten Stadt. An den Ortseingängen werden sämtliche Kraftwagen nach Waffen durchsucht. In den Vorstädten werden alle Fußgänger einer Waffendurchsuchung unterzogen.

In Barcelona, wo der Generalstreik verhältnismäßig andauert, kam es bei der Schließung der Büros der revolutionären Gewerkschaft durch Polizei wieder zu heftigen Zusammenstößen, die fünf Todesopfer forderten. Zehn Schwerverletzte liegen in den Krankenhäusern. Der Gouverneur, General Despujol, will den Kriegszustand verhängen.

Nach der Ausrufung des Generalstreiks in Sevilla wurden zahlreiche Autobusse und Straßenbahnwagen von den Streikenden durch Umkippen zur Einstellung des Verkehrs gezwungen.

Der Generalstreik hat sich auf die Städte Alcañiz und Malaga ausgedehnt. Dort ist es zu Zusammenstößen zwischen Manifestanten, die vor dem Regierungsgebäude demonstrieren, und der Polizei gekommen. Der Streik der Bergarbeiter in Asturien hat großen Umfang angenommen.

In Sevilla und Salamanca haben sich die Studenten den Streiks der Arbeiterschaft angeschlossen.

Die rote China-Armee marschiert

Systematische Einkreisung Tchangschas — Kuomintang beschließt Verschärfung des Kampfes gegen den Kommunismus und die Sowjetgebiete

Schanghai, 20. November. In der letzten Woche erzielten die Roten Truppen in der Provinz Hunan bedeutende Erfolge und setzten die allmähliche Einkreisung der Hauptstadt Tchangsha fort. Die bürgerliche Bevölkerung verläßt die Stadt. Die Hanauer Handelsfirmen stellten alle Lieferungen nach der Provinz Hunan ein.

Wie „China Post“ meldet, will Tchangsha nach Beendigung der gegenwärtigen Aktion vor sich gehenden Plenausschreibung des Zentralkomitees der Kuomintang, die die „Ausrottung des Kommunismus“ als eine ihrer wichtigsten Aufgaben betrachtet, persönlich die Leitung der Kampagne gegen die Roten Truppen übernehmen.

In den letzten Monaten hat die kommunistische Bewegung in Südhina, trotz einzelner lokaler Niederlagen, außerordentlich weit um sich gegriffen. Von der wirklichen Lage der Dinge kann man sich gewissermaßen auf Grund der Berichte der chinesischen und ausländischen Blätter ein Bild machen.

Die Kämpfe in der Provinz Hunan werden mit dem größten Interesse verfolgt, weil es als wahrscheinlich angenommen wird, daß die Rote Armee diesmal die Hauptstadt Tchangsha halten wird. Die Stadt Peking ist bereits in ihre Hände gefallen. Bei Lujiang sind Kämpfe im Gange. Längs der Linie Wutschang—Tchangsha entwickeln die Roten andauernd rege Tätigkeit.

In der Provinz Fukien ist die Lage überaus ernst. Es wurde ein neues Korps (17. Korps) der Roten Armee geschaffen. Die im Westen der Provinz Fukien gelegenen Städte befinden sich nach wie vor in den Händen der Roten. Wehlich ist die Lage im nördlichen Teil dieser Provinz.

Die Stadt Kiang in der Provinz Kiangsi ist seit einem Monat in den Händen der Roten, die energische Maßnahmen zu ihrer Verteidigung treffen. Die Stadt wird besetzt und mit Schützengräben umgeben, es werden elektrisch geladene Drahtverhaue gebaut. Sowohl die chinesische wie auch die Auslandspresse äußert die Meinung, daß es schwer sein dürfte, die Roten aus der Stadt zu vertreiben. In den Petitionen bürgerlicher Auswanderer aus der Provinz Kiangsi wird darauf hingewiesen, daß 60 Bezirke dieser Provinz von der Roten Armee besetzt seien. Die Regierungstruppen wagen es nicht, sich den Stellungen der Roten zu nähern.

Die Lage im Jangtsjetai ist, wie die imperialistische Presse berichtet, „gespannt“. Die „North China Daily News“ schreibt: „Nur in den schwersten Monaten 1927 war die Lage derart ungeheuer. Die Roten begrüßen die Entsendung der Strafexpeditionen und sagen, die Rote Armee werde dadurch zu den nötigen Waffen und der Munition kommen.“

Die Provinz Kwantung ist von Bauernunruhen aufgewühlt. Die Behörden des Gebietes des Westflusses fordern immerfort neue Truppen an.

Auf der Insel Hainan, südlich von Kanton, ist ebenfalls ein Aufstand ausgebrochen. Die Kuomintangbehörden geben offen zu, daß es ihnen zur Unterdrückung der Bauernunruhen an Truppen mangelte.

In den Provinzen Honan und Kiangwei sind Bauernunruhen im Gange. Die Partisanen schließen sich dem Korps der Roten Armee an. Viele Städte sind von den Roten besetzt. Aus der Provinz Szechuan wird gemeldet, daß die Bauern mit Begeisterung die kommunistischen Organisationen begrüßen. Der westliche Teil der Provinz Kwangsi steht unter der Macht der Kommunisten.

Fallt den Henkern in den Arm!

Sechs Todesurteile in Indochina

Hunderte Aufständische zu grausamen Strafen verurteilt

Paris, 20. November. Die Agentur Indopazifische meldet aus Hanoi, daß die Strafkommission in Haidnong 180 Verurteilungen ausgesprochen hat. Bei den Verurteilten handelt es sich nach der Meldung um Mitglieder der früheren Partei Unam-Quee-Dang und um Anhänger kommunistischer Organisationen. Die Kommission hat sechs Todesurteile gefällt, 29 Verurteilungen zu lebenslänglicher Zwangsarbeit, 27 zu zeitlich begrenzter Zwangsarbeit, 87 Deportierungen, 5 Verurteilungen zu Zuchthaus, 1 zu Gefängnis verurteilt. Nur 18 Angeklagte wurden freigesprochen. Gegen 58 Angeklagte war im Laufe der Verhandlung das Verfahren eingestellt worden.



(Copyright by Internationaler Arbeiter-Verlag, Berlin.)

14. Fortsetzung

Zernad verzog sein Gesicht zu einem spöttischen Lachen. „Sie haben nicht schlecht vorgesorgt, damit haben wir gerechnet! Wir werden Sie dafür einsperren und vor ein Revolutionsgericht stellen!“

Der Bürgermeister verzweifelte sich und begann zu trippeln. „Ich kann doch kein Geld herbeischaffen, wenn keins da ist! Die Kasse hat kein Geld, sag ich Ihnen, Herr Zernad!“

„Ich habe es Ihnen schon gesagt“, erwiderte Zernad, „wir sperren Sie ein, wenn Sie das fortgeschaffte Geld nicht zurückerhalten lassen!“

Der Alte trippelte aufgeregt auf und ab. Verschränkte die Arme auf dem Rücken, suchte in der Luft herum, versuchte, den beiden Markzungen, mit welchen Schwierigkeiten es verbunden sei, Geld zu beschaffen. Zernad blieb hartnäckig bei seiner Drohung.

„Wenden Sie sich doch an den Bürgermeisterrat!“ rief der Bürgermeister, „meine Amtsbefugnisse haben Grenzen!“

„Auch unsere Geduld!“ drohte Zernad.

„Wir könnten mal mit der Vertretung reden“, sagte Mahler, dem die harte Verhandlungsart des Zernad nicht behagte.

„Tun Sie's doch!“ drängte der Alte. „Es sind auch Ihre Leute mit dabei, die sich gewiß für Sie einsetzen.“

„Wir haben keine Zeit, uns mit Konferenzen aufzuhalten!“ sagte Zernad und stand auf. „Besorgen Sie das Geld, dann können Sie immer noch der Vertretung mitteilen, daß wir darauf bestanden haben! Besorgen Sie's nicht, dann wissen Sie, was Ihnen blüht! Wir hängen das ewige Schwänken schon zum Halbe heraus!“

„Sind Sie vorsichtig, Herr Zernad! Sehr vorsichtig“, warnte der Alte und rief sich zu einer verzweifeltsten Drohung zusammen. „Sind Sie nicht zu optimistisch! Sie messen dieser kleinen Aktion zuviel Bedeutung bei!“

Vor der kleinen Aktion gingen die Polizei und auch die Moskes sitzen! — erwiderte Zernad. Er spielte wieder auffällig mit der Pistole: „Sie scheinen der Aktion zu wenig Bedeutung zu schenken! Also“, er schlug mit dem Kolben auf die Tischplatte, „wird das Geld besorgt oder nicht?“

Der Alte sah mit verzweifeltstem Gesicht von einem zum anderen. Mahler sah, den Kopf wie vor einem Hieb in die Schulter gezogen und kniff die blaugehaunten Augen. Zernad wartete ungeduldig. „Sie besorgen es!“

„Ich will es versuchen!“ quackte der Alte. „Sie zwingen mich ja dazu. Sie glauben nicht, welche Verantwortung ich mir auflade! Sie können mir glauben, ehrlich gesagt, ich wünsche, der entsetzliche Bruderkrieg wäre zu Ende und wir hätten unsere gute Ordnung wieder!“

„Das glaub' ich!“ knirschte Zernad, der den Alten verstanden hatte. „Eine Ordnung, wo der Arbeiter nichts zu stellen kriegt, euch die Stiefel pudt und für das faule Geschmeiß schuftet, bis er nicht mehr japsen kann! Wenn Sie's haben, dann schicken Sie uns die Meldung zur Wache! Versuchen Sie's aber nicht wieder aufzuschieben, sonst — —!“ Zernad wuchtete mit der Pistole durch die Luft. — „Wir sind's nun bald leid, verstehen Sie! — leid!“

„Nensch — Mensch —“ sagte Mahler draußen. „Du hast ihm aber zugehört! Wie der sich dreht! Wenn aber die Sache mal schief geht, Suppl!“

„Hast du die Keile schon vergessen?“ fragte Zernad boshaft.

„Ich? — Niemals! Die vergeh ich nie!“ — „Und redest so?“

Mahler schwieg betroffen. „Wären wir achtzehn härter gewesen, so bräuchten wir heute keine neuen Opfer zu bringen. Genosse! Werf deine Skrupel zum Teufel! Die Herren haben schon lange keine Skrupel mehr! Du wirst sehen, wenn wir

verlieren sollten! In dem höflichsten Händereiben und Lächeln steckt die Bestie!“

2.

„Ihr habt es gut, meine Herren“ — ereiferte sich Fritz Raup, dem sie vor der Wache begegneten. „Das gefällt euch so, spazieren zu gehen —“

„Und diese Zigarren zu rauchen“, ergänzte Zernad und spuckte seinen Priemsaft gegen die Hauswand.

„Nensch, die Abteilungen stehen marschbereit und ich kann keinen Wagen kriegen, um sie an die Front zu schicken!“

„Du mußt dir welche beschlagnahmen!“ sagte Zernad. „Ist dir dazu vom Vorstehenden des Vollzugsrats ein Schein geben!“

„Mit meiner Unterschrift?“ — fragte Mahler erschrocken.

„Damit sie mich später sofort beim Schlawittchen kriegen!“

„Für dich scheint die Geschichte auch nur die kleine Aktion zu sein, von der der Alte geredet hatte!“ sagte Zernad höhlich.

„Unsinn!“ wehrte sich Mahler.

„Dann brauchst' auch keine Angst wegen der Unterschrift zu haben!“

Mahler ging mit verdrießlichem Gesicht in die Wachsstube hinein.

„Was hat der?“ — fragte Raup erstaunt.

„Angst vor der eigenen Courage!“ lachte Zernad.

„Wir müssen uns dahinter stellen, damit er in seinem Dusek keine Dummheiten macht!“ sagte Raup. Sie betraten nach Mahler die Wachsstube. Der hatte schon einen Beschlagnahmeschein geschrieben und reichte ihn Fritz Raup hin. „Kannst mal versuchen, Fritz! Ich habe unterschrieben! Vielleicht wäre es gut, ihn nach dem Bürgermeister abstempeln zu lassen!“

„Das genügt!“ erwiderte Raup. „Wir werden ohne den Alten fertig!“ Dann winkte er ein paar Rotarmisten, die sich vor der Wache unterhielten: „Kommt mal her, Kumpels!“ — Die kamen sofort herbei. „Nehmt den Wächler hier und einen Kasten! Wenn sich der Eigentümer weigert, dann packt ihn drauf und bringt den Kerl mit!“

„Wie, sollen wir die Karre herschieben?“ lachte der eine Rotarmist.

„Raup war wieder in Verlegenheit. „Ein Wagenführer fehlt auch noch! — Versucht, an was soll man nicht alles denken!“ Mahlers Gesicht klarte sich. „Ihr könnt auch so die Essen marschieren, dort wird man euch schon irgendwie weiterbefördern!“

Rund um den Erdball

Furchtbare Wirbelsturmkatastrophe in Amerika

Bethany vollkommen zerstört

Bisher 140 Leichen geborgen — 200 Gebäude in Trümmern — Nach der Katastrophe riesige Ueberschwemmung

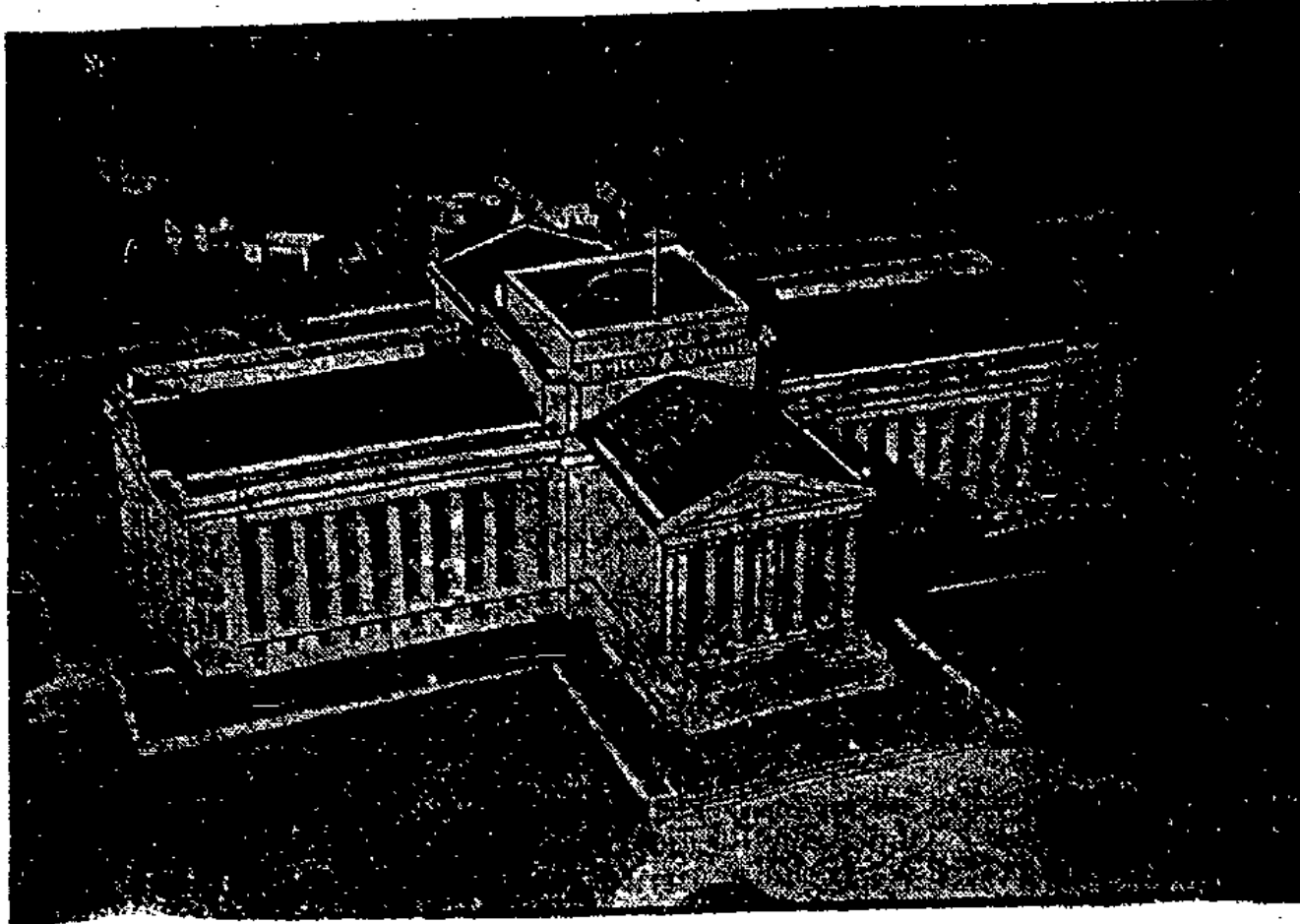
New York, 20. November. Ein furchtbarer Wirbelsturm vernichtete am Mittwoch die Stadt Bethany im amerikanischen Staate Oklahoma. Nach der bisher vorliegenden Meldung wurden nicht weniger als 140 Leichen unter den Trümmern der eingestürzten Häuser hervorgezogen. Die Stadt ist vollkommen vernichtet.

Nach den ergänzenden Mitteilungen erweisen sich die Folgen der Sturmkatastrophe in Oklahoma als weit verhängnisvoller, als man im Anfang annahm. Unter den Trümmern der zusammengefallenen Häuser wurden außer den zuerst gemeldeten 40 Leichen weitere 100 hervorgezogen. Ueber 200 Gebäude sind vollkommen zerstört. Das Schulhaus im nahen Dorfe Camel brach zusammen. Das Dach wurde wie mit einem Messer abgeschnitten und kilometerweit fortgetragen. Dabei kamen zwei Schüler ums Leben.

Der furchtbare Wirbelsturm war von einem heftigen Wolkenbruch begleitet, der in allerletzter Zeit sämtliche Straßen und Plätze der vernichteten Stadt bald über einen halben Meter tief unter Wasser setzte. Naturgemäß wird durch diese Ueberschwemmung das Rettungswert außerordentlich erschwert. Drei Kompanien der Nationalgarde wurden sofort nach dem Unglücks-

gebiet entsandt. Auch außerhalb der Stadt Bethany richtete der Tornado im Staate Oklahoma überall riesige Sachschäden an. Aus allen Dörfern werden Verluste von Menschenleben gemeldet.

Die Not der Bevölkerung steigt in dem Unglücksgebiet von Stunde zu Stunde, da durch die riesige Ueberschwemmung das Rettungswert stark behindert wird.



Oklahomas Parlamentsgebäude wurde ebenfalls vernichtet

Ein verwegener Raubüberfall

„Hände hoch! Oder wir schießen“

Berliner Autoräuber erbeuten in Wittenberg 25 000 Mark Postgelder

Wittenberg, 20. November. Am Donnerstag vormittag ereignete sich unmittelbar vor der Reichsbanknebenstelle Wittenberg ein offenbar von langer Hand vorbereiteter, verwegener Raubüberfall.

Zwei Postbeamte hatten den Auftrag, rund 25 000 Mark Postgelder bei der Reichsbank einzuzahlen. Ein Postkassierer trug das Geld in einem Kufaden auf dem Rücken. In der zur Zeit sehr belebten Straße kurz vor der Reichsbanknebenstelle fuhr plötzlich ein Auto an den beiden Beamten vorüber und stoppte unvermittelt kurz vor ihnen. Zwei maskierte Männer stiegen dann aus dem Auto und stellten sich mit erhobenen Revolver unter dem Ruf „Hände hoch, oder wir schießen!“ den erschrockenen Beamten entgegen. Während der eine Maskierte die beiden Beamten mit der Waffe bedrohte, schnitt der zweite die Halteriemen des Kufades durch und warf den Inhalt in das Auto.

Als Vorübergehende auf die ungewöhnliche Szene aufmerksam wurden und den bedrohten Beamten zu Hilfe eilen wollten, hielten die Autoräuber die Passanten mit der Waffe vom Leibe. Während alles zurückwich, sprangen sie in das Auto und raften in wildestem Tempo in der Richtung nach Berlin davon. Trotzdem die Wittenberger Polizei sofort mit einem Kraftwagen die Verfolgung aufnahm, gelang es nicht, eine Spur von den Autoräubern zu erlangen. Das geraubte Geld bestand aus gebündelten 20-, 50- und 100-Mark-Scheinen.

Ergänzend wird zu diesem Ueberfall bekannt, daß das Auto einem Berliner Kaufmann in der Nacht zum Mittwoch aus der verschlossenen Garage gestohlen worden ist. Bei der Verfolgung auf der Chaussee wollen Polizeibeamte beobachtet haben, wie einer der im Auto sitzenden Maskierten durch einen Schuß verletzt worden sei.

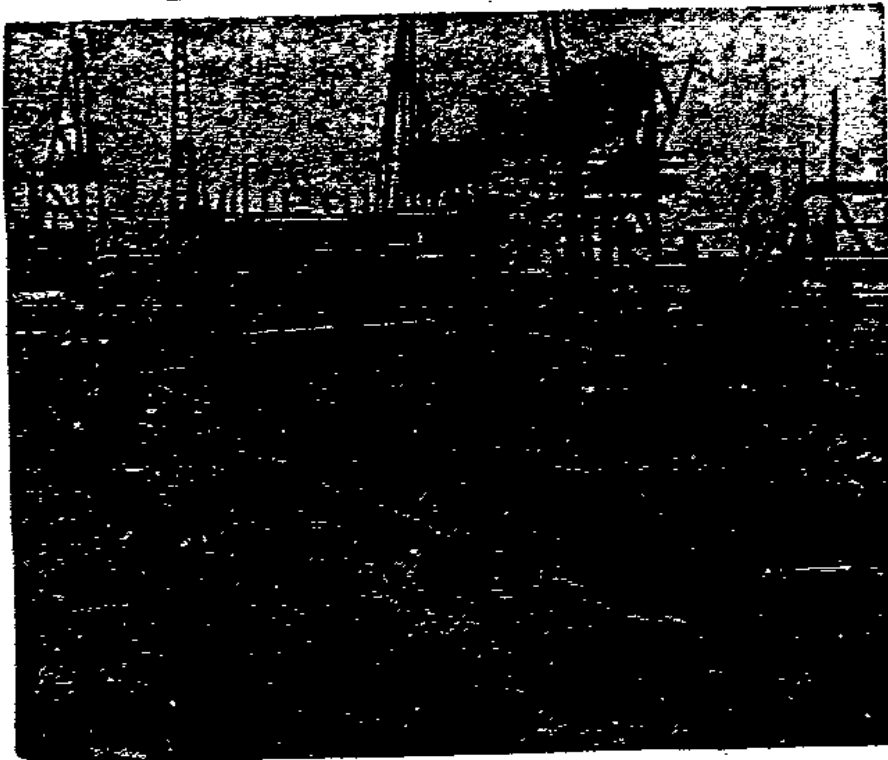
Kindertausch nach elf Jahren entdeckt

Am 20. November. In einem Entbindungsheim in Gladbach-Nheydt wurde vor elf Jahren eine Frau aus Neuwert und

eine Frau aus Gladbach in der gleichen Stunde von einem kräftigen Jungen entbunden. Nachdem beide Mütter wieder geträugelt waren, wurden sie mit ihren Kindern entlassen.

Zufällig trafen sich in der vergangenen Woche diese beiden Frauen wieder mit ihren Kindern. Dabei stellte die Frau aus Gladbach fest, daß der Sohn der Frau aus Neuwert eine verbüßende Ähnlichkeit mit ihrem Manne habe. Sie leitete sofort eine Untersuchung ein, die die überraschende Tatsache ergab, daß die Kinder vor elf Jahren in dem Entbindungsheim vertauscht wurden. Da aber beide Mütter ihre vermeintlichen Kinder bekommen haben, ging der Küdtausch nicht ohne Tränen vonstatten.

Bau der Usedombrücke



Der Bau der Usedombrücke, die zur Verbindung der Insel Usedom mit dem Festlande, an der Straße Bertha-Swinemünde, über die Peene gebaut wird, stößt infolge des sumpfigen Untergrundes auf fast unüberwindliche Schwierigkeiten. In mühevoller Arbeit muß durch Abdämmen des Wassers — wie unser Bild zeigt — der Boden trockengelegt werden, der die Brücke tragen soll.

Gastafastrophe im Altersheim

Vier Greise vergiftet

Paris, 20. November. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich in der Nacht zum Mittwoch in einem Altersheim in Nanterre bei Le Mans.

Aus einem Ofen, der neben dem Schlafraum einer Reihe Pensionäre stand, waren Kohlenoxydgase entwichen und hatten schließlich durch die Türspalten Zugang zum Schlafraum gefunden. Als die Wärter am Morgen in den Raum kamen, fanden sie vier Greise tot in ihren Betten auf, während mehrere andere mit schweren Vergiftungserscheinungen in ein Krankenhaus überführt werden mußten.

Ein belgischer Dampfer gesunken

Am Mittwochabend rannte auf der Schelde bei Antwerpen ein englischer Dampfer mit einem belgischen Dampfer der Fliegelschiffen zusammen. Das belgische Schiff sank innerhalb zwei Minuten. Fünf Mann der Besatzung fanden dabei den Tod in den Fluten.

Blutbad eines deutschen Aulaten

Landarbeiter wie einen tollen Hund nieder- geschlagen

Neubrandenburg, 20. November. Wegen Beharrlichkeit kam es am Donnerstagmorgen in dem mecklenburgischen Dorfe Thurow zwischen dem Landarbeiter Gill und dem Großbauern Neumann zu einer heftigen Auseinandersetzung.

Wütend ergriff der brutale Aulaten einen dicken Knüttel und versetzte dem Landarbeiter damit einen heftigen Schlag über den Schädel. Lautlos brach der Landarbeiter zusammen und starb kurz darauf an den Folgen der schweren Verletzungen.

Falschmünzerei oder Spiel- markenfabrikation?

Ozeanflieger Leviné der Staatsanwaltschaft übergeben

Wien, 20. November. Die Ermittlungen der Polizei in der Angelegenheit des verhafteten Ozeanfliegers Leviné, der bekanntlich der Falschmünzerei beschuldigt wird, sind im wesentlichen abgeschlossen. Leviné konnte den gegen ihn vorliegenden Verdacht der Falschmünzerei nach polizeilicher Behauptung nicht entkräften.

Levinés Aussage, er habe die Münzen nur einseitig prägen lassen wollen, um auf der Rückseite sein eigenes Porträt anzubringen, steht in krasser Gegensatz zu der Erklärung des Graveurs, der versichert, von einer einseitigen Prägung der Münzen nichts zu wissen. Nunmehr ist der verhaftete Leviné der Staatsanwaltschaft übergeben worden.

Die Flugzeuggeschwader der Alkoholmuggler

Ein Riesenprozeß in Detroit

Newport, 20. November. In Detroit beginnt in einigen Tagen ein Riesenprozeß gegen zwei Schmugglerbanden, die seit Jahr und Tag ungeheure Alkoholmengen in Flugzeugen von Kanada nach den Vereinigten Staaten eingeführt haben. Von den insgesamt 30 Flugzeugen, über die diese Schmugglerbanden verfügten, konnten bisher nur zwölf beschlagnahmt werden.

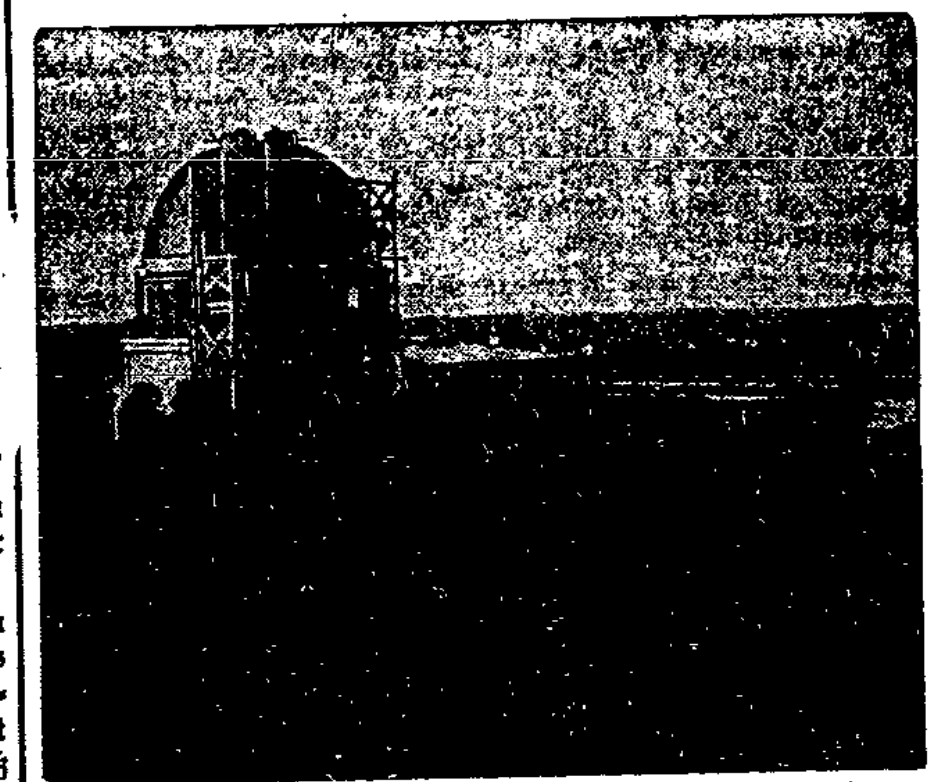
Schwedisches Militärflugzeug abgestürzt

Nach einer Meldung aus Stockholm stürzte am sogenannten Buhtag ein schwedisches Militärflugzeug in Südschweden ab. Der Führer des Flugzeuges wurde auf der Stelle getötet.

Straßenbahnunglück in München

Auf dem Maria-Hilf-Platz in München fuhr ein Straßenbahnzug einem zweiten Straßenbahnzug in voller Fahrt in die Seite. Zwei Personen wurden lebensgefährlich verletzt.

Schwedens neueste Sternwarte



Bei Saltsjöbaden, dem herrlichen Ausflugsort der Stockholmer, wird zur Zeit Schwedens neueste Sternwarte erbaut. Wie unser Bild zeigt, geht sie bereits ihrer Vollendung entgegen.

1000 Frauendelegierte

entsenden die werktätigen Frauen Deutschlands zum 2. Reichskongreß werktätiger Frauen am 22./23. November in Berlin

zum Kampf

gegen Lohnraub, Preisabbauschwindel und Faschismus, für Lohnerhöhung, gleichen Lohn für gleiche Arbeit, für ausreichenden Schutz für Mutter und Kind. Das rote Berlin begrüßt die Kongreßdelegierten in einer

großen Kundgebung im Sportpalast

am Sonnabend, dem 22. November, 19.30 Uhr.

Es sprechen: Ernst Thälmann, der Führer der Kommunistischen Partei, Klara Zetkin, die greise Kämpferin, Maria Reese, die frühere sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete und ausländische Delegierte.

Tritt überall die letzten Vorbereitungen zum Reichskongreß werktätiger Frauen! Verstärkt in den letzten Tagen die Sammelaktion zur Finanzierung möglichst starker Delegationen aus allen Schichten der werktätigen Frauen!

Heben am 27. November im Stadtparlament zur Beschlussfassung

Der Komödie erster Akt

Bestern fand eine Sitzung des Finanzausschusses (Aus-
scheidung) statt, die zu der Magistratsvorlage auf Einführung der
Bürger-, Bier- und Getränkeverzehsteuer zu
beschließen nahm. Die Einführung der Bürgersteuer wurde mit
Stimmen unseres Genossen W. D. L., des Mietervertreters
der SPD-Vertreter abgelehnt. Die Bier- und Ge-
tränkeverzehsteuer wurde ebenfalls abgelehnt. Der Vertreter
der Wirtschaftspartei stimmte ebenfalls gegen die neuen Steuern.

Es ist klar, daß die Vertreter der Wirtschaftspartei, der
SPD. und auch der Mieter nur deshalb gegen die Steuern
gestimmt haben, weil sie genau wissen, daß sie doch einge-
führt werden, denn grundsätzlich sind diese Parteien nicht
gegen eine weitere Belastung der werktätigen Bevölkerung.

In der Stadtverordnetenversammlung am 27. November wird
in der Sache der Dinge die Vorlage des Magistrats abgelehnt
werden.
Am 28. November findet eine Sitzung des Magistrats
statt.
Es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß bereits am 28. No-
vember ein Beschluß des Magistrats gefaßt werden wird, wo-
durch die drei Diktatursteuern ab 1. Dezember zu
erheben sind. Tut es der Magistrat nicht freiwillig, so
wird er eine Anweisung von dem Regierungspräsidenten bzw.
dem preussischen Innenminister erhalten.

Wie man da noch von Demokratie reden kann, ist nur
ausgesprochenen Volkstrügeln verständlich.
Daß es auf parlamentarischem Wege noch möglich ist, die
Interessen der werktätigen Bevölkerung wahrzunehmen, können
nur ausgesprochene Demagogen behaupten.
Geraus am 27. November auf die Straße! Be-
weiset, daß ihr nicht gewillt seid, euch weiter betriegen und
ausbeuten zu lassen.

Stadtteil West tritt heute um 18,30 Uhr am Striegauer Platz
zusammen. Alle Organisationen beteiligen sich geschlossen!
Zeugen gesucht! Diejenigen Genossen, welche am 20. November
um 10 Uhr auf der Messergasse, kurz hinter der Schmiedebrücke, bei
der Erwerbslosen demonstration den Vorfall sahen, wie das Schupo-
Auto Nr. 2415 das Fahrrad eines Arbeiters überfuhr, werden ersucht,
ihre Adresse bei Fritz Meiner, Breslau, Mariannenstraße 13, ab-
zugeben.

„Junge Bühne“ im Stadt-Theater

Unter der Bezeichnung „Junge Bühne“ hat die Intendanz
des Stadt-Theaters ein Studio errichtet, das an Sonntag-
vormittagen Werke zeitgenössischer Komponisten zur Aufführung
bringen wird. Es war höchste Zeit, daß endlich auch hier in Breslau
ein derartiges geschaffen wurde, daß wir auch hier aktuelle Ton-
werke zu hören bekommen, denn der wilhelminische Bom-
bassmus der Wagner-Opern kann uns heute nichts mehr
bedeuten. Am Sonntagvormittag brachte man als erstes Werk „Die
Fischichte vom Soldaten“, zu der Igor Strawinsky
die Musik geschrieben hat. Um es gleich zu sagen, eine erregende,
frische Musik, balladenhaft einfach und klar, und doch auch gleich-
zeitig in höchstem Maße raffiniert, eine Musik, die sich in gleicher
Maße an Herz und Hirn wendet. Und das so stark, daß man die
romantische Fabel vom armen Soldaten, der Königs Tochter und dem
wunderbaren als ziemlich nebensächlich empfindet. Der Tanz in dem
neuen Bild — anscheinend war es die Balletmeisterin Kratina
— zeugte von hinreichender tänzerischer Kultur.

Nach einer kurzen Pause gab es dann den „Lindbergh-
flug“, Musik von Weill und Text von Bert Brecht. Die
wirkliche szenische Montage war von Günther Hirschel-
rotzsch, dem bekannten Bühnenbildner der „Trümmer-
truppe“. Hier im „Lindbergh-Flug“ haben wir endlich einmal ein
besten Sinne „modernes“ Tonwerk, behandelnd den aufregenden
Personen des jungen Amerikaners Lindbergh. Hier wird der Gegen-
satz zwischen dem jungen Amerikaner und dem alten
Europäer deutlich, obwohl es sich ja im Grunde nur um das ver-
einfachte Privatleben eines sympathischen Jungen handelt. Aber
wir können dabei schon ahnen, welche unerhörten starken Wirkungen
aus dieser neuen Kunstform ausgehen werden, wenn man ihr erst
revolutionäre Handlungen unterlegt. Erst hier am „Lindbergh-Flug“
hat man richtig, daß die heitere Oper „Neues vom Tage“ eine
ganz blasse Angelegenheit ist, weil sie sich doch noch stark an die alte
Operform anlehnt. Von unheimlich packender Wirkung ist beim
„Lindbergh-Flug“ das Zwiegespräch zwischen dem Piloten und seinem
Lehrer: Lindbergh ermuntert, von Sturm, Nebel und Eis bedrängt,
die Maschine, und die furcht als Antwort ihr präzises Propellergeräusch.
Die Wirkung läßt sich nicht beschreiben — das muß man hören!
Das volle Haus sorgte nicht mit Weill. Es wurde mit Herz-
lichkeit applaudiert. Man sah allerdings auch verdorrte Ober-
körperfiguren und weißhaarige Matronen in Kopfschütteln sich ergehen.
Der dann ist wohl die „Junge Bühne“ auf dem
richtigen Wege!

Lieblich-Theater

Das neue Programm hält fast 100 Prozent die bekannte Linie
ein, die man hier gewöhnt ist. Damit ist bereits ausgedrückt, daß
die Darbietungen wie immer auf vollendetem künstlerischer Höhe-
punkt stehen. Wenn wir nicht desto weniger besonders hervorheben drei
Stücken des Programms, so sollen dadurch die übrigen Dargestellten
eine Einschränkung in ihrer Bewertung nicht erfahren. Es wird
vielmehr in der Hauptsache durch unseren beschränkten Raum
bedingt. Diese drei besonderen Namen sind die wirklich labelfähig
arbeitende Gladiatoren-Gruppe unter Leitung einer
italienischen Frau, die 8 Norwegischen Girls auf einer
norwegischen Eisbahn und die Manley-Truppe aus
Frankenhausen. Was in diesen Darbietungen geboten wird, ist ein-
fach und macht bereits einen Besuch sehr lohnend und genü-
gend. Wir wiederholen aber nochmals, daß auch der übrige Teil des
Programms nicht aus dem Rahmen des vorerwähnten herausfällt.

Zentraltheater. Als Nebenprogramm der Film „Die Straße der
Blauen Seelen“ mit dem „Star“ Pola Negri. Ein an die Sentimen-
talität der Epochen vordringender Film. Die Spitzleistung dieses
Films ist und bleibt der Aufklärungsfilm „Frauennot —
Kriegsleid“. Nach eintönigem Vortrag des Berliner Arztes
Dr. F. B. Nier, welcher die jährlich zu Hunderttausenden vor-
kommenden Abtreibungen jagt, tollt nun das Elend der proletari-
schen Frauen an uns vorüber. Obwohl der Film nicht vom
Standpunkt des Klassencharakters gedreht ist, zeigt er uns die Not-
lage der proletarischen Mütter, welche zum Teil aus sozialer Not-
wendigkeit, zum anderen Teil, weil sie geilen Spielzeug der Lusthändler
werden mußten, zur Abtreibung dem Kampfsuchstum in die Arme
gedrungen werden.

Die Sitzung des Breslauer Stadtparlaments wird sich am
27. November u. a. mit einer Vorlage des Magistrats auf Einführung
der Bürger-, Bier- und Getränkeverzehsteuer zu
beschäftigen haben. Wir werden auf die Einzelheiten der Magistrats-
vorlagen in den nächsten Tagen noch zurückkommen. Für heute wollen
wir lediglich darauf hinweisen, daß die Bürgersteuer einen Ertrag
von 1000 000 Mark, die Biersteuer 300 000 Mark, und die
Getränkeverzehsteuer 750 000 Mark jährlich bringen sollen. Von
der Bürgersteuer werden nur die Krifen- und Wohlfahrtsunter-
stützungsempfänger ausgenommen. Die Erwerbslosen und auch
die Ehefrauen, die keinen Verdienst haben, müssen die Bürger-
steuer zahlen. Die Bürgersteuer ist „gestaffelt“. Bei einem Jahres-
einkommen bis zu 8000 Mark beträgt sie 6 Mark, bei einem Jahres-
einkommen über 800 000 Mark (eine halbe Million) beträgt sie 1000
Mark. Es ist klar, daß eine Person mit einer halben Million Ein-
kommen die 1000 Mark ebenso leicht bezahlen kann, wie unserleiner
einen Inflations-Billionschein weggibt. Die sechs Mark, die von
den Erwerbslosen, dem Betriebsarbeiter, dem kleinen Angestellten und
Beamten, dem Gewerbetreibenden gefordert werden, werden dagegen
sehr schwer aufzubringen sein. Die Getränkeverzehsteuer soll
10 Prozent des Getränkepreises unter Abrechnung des Bedienung-
geldes betragen. Von dieser Steuer ausgenommen ist nur Milch.
Alles andere, nicht nur Wein, Selt, Branntwein, sondern auch Kaffee,
Kalao, Tee und alle anderen künstlich bereiteten Getränke unterliegen
der Steuer. Das Bier soll vorerst „nur“ durch die Biersteuer ver-
steuert werden.

Um den Redakteuren der bürgerlichen Presse das Rätsel „Wie
sage ich's meinem Leser“ zu erleichtern und zu lösen, veranstaltete
der Magistrat am gestrigen Tage eine Pressebesprechung. — Die
„Neuesten Nachrichten“ nehmen zu den neuen Steuern auf der ersten
Seite ausführlich Stellung und bemerken zusammenfassend:

... Dieses Steuerentwurf auf die Breslauer Bürgerschaft in
der gegenwärtigen Zeit ist ein Widerspruch ohne Gleichen. Auf der
einen Seite Abbau der Gehälter und Löhne, auf der anderen eine
ganz wesentliche Steigerung der Steuern und anderer Abgaben,
wogu nun noch diese drei neuen Steuerarten kommen, durch die
aus der Breslauer Bürgerschaft nochmals nahezu drei Millionen
Mark jährlich herausgepreßt werden sollen. Was will demgegen-
über der auf Pfennige sich belausende Preisabbau bei Lebensmitteln
und anderen Artikeln belangen?

Wir wissen, wie man diese rabulal klingenden Worte einzuschälen
hat. Die „Neuesten Nachrichten“ schreiben sie ausschließlich, um ihre
Leser nicht allzulehr vor den Kopf stoßen. In Wirklichkeit sind gerade
die Redakteure dieses Blattes die eifrigsten Verteidiger des
Brüning-Purses.

Die „Volkswacht“ veröffentlicht einen Artikel von Dr. F. Er

nimmt zu den einzelnen Steuerarten Stellung und bemerkt zwischen-
durch:

„Brüning hätte über die Art, wie man Steuern macht, von
den Breslauer Sozialdemokraten etwas lernen können.“

Der Artikel schließt mit folgenden Sätzen: „Wenn auch die preu-
ßische Regierung, an der unsere Genossen beteiligt sind, die Gesetze
und Vorschriften des Reiches durchzuführen muß, und somit auch die
Durchführung der Notverordnung verlangt, so sind unsere Breslauer
Stadtverordneten doch keine Regierung. Sie müssen und werden sich
bestimmt hinter die sozialdemokratische Reichstags-
fraktion stellen, die gegenwärtig im Ausschuß daran arbeitet, die
Gesetze der Brüning-Verordnung zu verbessern. Es hieße die Arbeit
unserer Genossen im Reichstag sabotieren, wenn sozialdemokratische
Stadtverordnete in Breslau Brünings verfassungswidrige Notverord-
nung durchzuführen helfen würden, bevor aus ihnen wirkliches und
brauchbares Recht geworden ist.“

Aus den angeführten Stellen geht eindeutig hervor, daß die sozial-
demokratische Fraktion (und auch der SPD-Parteivorstand) keines-
falls gegen die weitere Belastung der werktätigen Bevölkerung
mit neuen Steuern ist. Wenn sie am 27. November trotzdem gegen
die Magistratsvorlage stimmen wird, so nur deshalb, weil ihnen die
Art der Steuerberechnung nicht gefällt und die Brüning-
sche Notverordnung formal noch nicht Gesetz ist. Das Stimmen
der sozialdemokratischen Stadtverordneten gegen die Magistratsvor-
lagen ist also nichts anderes als ein Versuch, ihre Wähler noch
einmal zu täuschen.

Die kommunistische Stadtverordnetenfraktion wird selbstverständ-
lich die Magistratsvorlage ablehnen, und zwar deshalb, weil sie
eine untragbare Belastung der breitesten Schichten der werkt-
tätigen Bevölkerung bedeutet. Wenn es der Reichs- und Landes-
regierung und dem Breslauer Magistrat tatsächlich lediglich um die
Balancierung des Staats ginge, so könnte man durch eine scharfe
Heranziehung der Besitzenden die notwendigen Mehreinnahmen
schaffen. Doch es geht ihnen um die Sicherung des Profits
der Kapitalisten, um die Zermürung der Wider-
standskraft des Proletariats.

Die Frage: Wer soll die Lasten tragen, der Besitzende oder
der Nichtbesitzende? wird nicht im Parlament entschieden, son-
dern im außerparlamentarischen Kampf. Je stärker der
Einfluß der kommunistischen Partei, je breiter die
kampfbereite Einheitsfront des werktätigen
Volkes, desto eher wird es gelingen, die Angriffe der Ausbeuter
zurückzuschlagen. Bekundet euren Willen, den Kampf aufzunehmen,
durch reifliche Beteiligung an der Demonstration, zu
der die kommunistische Partei am 27. November, am Tage
der Stadtverordnetenversammlung, aufruft.

Rüstet zum Empfang der roten Sportler!

Am Sonnabend und Sonntag findet in Breslau („Schießwerber“) das rote Sportfest statt. Die auswärtigen
Sportler treffen am Sonnabend um 18 Uhr auf dem Hauptbahnhof in Breslau ein. Alle revolutionären Arbeiter erscheinen
am Bahnhof zum Empfang. Abmarsch aus den Stadtteilen um 17,30 Uhr. Sammelplätze: Ost: bei Zoublik, Königsgrüner
Straße 10; Nordost: Girsch, Ecke Bodstraße; Nord: Weisenburger Platz; West: Striegauer Platz; Zentrum:
Wallstraße, Ecke Königsplatz; Süd: Friedrich, Ecke Gräbischener Straße.

Sind Mieter Menschen zweiter Klasse?

Erscheint heute in den Versammlungen — Organisiert den Abwehrkampf!

Wir veröffentlichen nachstehend zwei Aufsätze, die das Ver-
hältnis Mieter — Hausbesitzer illustrieren:

„Der Besitzer des Hauses auf der Matthiasstraße 80, der Fleischer-
meister Gottschalk, hält es nicht für notwendig, die Wohnungen
seiner Mieter in Ordnung zu halten. In einer Wohnung seines
Hauses ist der Heizofen herab geschlagen, daß ein weiteres Heizen
unmöglich ist, weil der Rauch in die Stube bringt. Trotzdem weigert
sich Gottschalk, die Ofenreparatur vornehmen zu lassen. Auf eine
Beschwerde beim Wohnungsamt meldete sich zuerst ein Beauftragter
des Amtes, besichtigte den Ofen und meinte, die Reparatur müsse
unbedingt gemacht werden. Einige Zeit darauf erschien ein
Töpfermeister als Sachverständiger und erklärte dasselbe.
Trotzdem ist der Ofen bis heute noch nicht repariert. Gottschalk
äußerte, er werde lieber die Wohnung als Haferrboden (!) ver-
wenden, und es werde noch die Zeit kommen, wo die Mieter ihn auf
den Knien betteln werden, bei ihm wohnen zu
dürfen.“

Recht gibt, die Mieter als Menschen zweiter Klasse zu be-
handeln.

Obendrein sollen die Mieter auch noch die erhöhte Miete
und die Nachzahlung ab April leisten.

Dagegen gilt es den Kampf zu organisieren.

Miner, erscheint zahlreich in den Versammlungen, die von der
kommunistischen Partei und dem Kampfausschuß der Mieter
einberufen sind. Die Versammlungen finden statt:

Heute Freitag, 20 Uhr, „Silesia“, Friedrichstraße 11;
„Oberstrom“, Kierstraße 48; „Sanktouri“, Mehlgasse 11; „Brati-
slawia“, Mauritiusplatz; „Wollins Festale“, Frankfurter Straße 109.

Morgen Sonnabend, 20 Uhr, „Kasino“, Neue Gasse. Un-
kostenbeitrag 10 Pfennig.

Quartiere gesucht! Diejenigen Genossen, welche gewillt sind,
Note Sportler vom 22. bis 23. November zu sich ins Quartier zu
nehmen, möchten ihre Adresse an Fritz Winler, Leutenstraße 66,
einenden. — Ebenfalls für die Nacht vom 22. zum 23. November
werden Nachtquartiere für die auswärtigen Teilnehmer an der Er-
werbslosenkongress gesucht. Meldungen an die Auskunftsstellen des
Erwerbslosenausschusses und an das Büro der SPD., Breite
Straße Nr. 6/7.

„Im November 1928 erhielt ich durch das Wohnungskommissariat
die Wohnung Mählgasse 18 II zugewiesen. Der Hauswirt Franz
Schneider verweigerte mir die Wohnung mit dem Vorwand, daß
ihm drei Zuweisungen zustehen. Auf dem Gericht erklärte er jedoch
das Gegenteil. Das Mietelohnungsamt ordnete die zwangsweise Ein-
scheidung an. Bei der zweiten Besichtigung erklärte er mir, der Ofen im
zweitenstrigen Hinterzimmer, welcher dem Zerfall nahe ist, würde im
Frühjahr 1929 ausgetauscht. Bei den Mietzahlungen April bis
Oktober hatte ich stets an den Ofen erinnert. — Ich hatte mich als
Erwerbsloser mit kleineren Nebenarbeiten beschäftigt, wodurch ich die
Mieter und auch den Hauswirt nebenan „gefördert“ haben soll. Ich
wurde wegen Kuhstörung zu drei Mark Geldstrafe oder
einem Tage Haft verurteilt. Wenn man mit der kleinen Unter-
stützung gezwungen ist, sich Untermieter zu halten, so „berhöht“ man
gegen die Anordnungen des Hauswirts; ebenso, wenn man sich einen
Blumenkasten auf seinem Flur aufstellt. Wegen meinem Auftreten
werde ich als Kommunist bezeichnet, und wenn Frauen uns abends be-
suchen, so heißt es: „Kommunistische Versammlungen.“ — Am
21. März ließ ich den Hauswirt um Errechnung der Verschönerungs-
kosten ersuchen, um mit diesen und 20 Mark die Miete für Februar
zu zahlen. Darauf erhielt ich einen Zettel: „Februar und März je
20,30 Mark, also 58,60 Mark Miete; alles andere wird gerichtlich ent-
schieden.“ Nachher hielt sich der Hauswirt mit den Verschönerungs-
kosten für gewisse Glasarbeiten schadlos, welche außerhalb meiner
Wohnung zertrümmert wurden. Das Ende vom Liede war, daß ich
ermittelt wurde.“

Ohlau

Revolutionsfeier

Am Sonntag, dem 23. November (Toten Sonntag), findet bei
Schmidt (über der Ober) unsere diesjährige Gedenkfeier der russischen
Revolution statt. Die Eintrittspreise sind so bemessen, daß jeder Be-
sucher bei dem reichhaltigen Programm auf seine Kosten kommt.
Arbeiter, erscheint in Massen!

Guhrau. Eine gut besuchte Versammlung, die von
der kommunistischen Partei einberufen war, fand in Guhrau statt.
Der Genosse Schildewan-Breslau hielt das Referat. Die ört-
lichen SPD-Führer zogen es vor, nicht zu erscheinen. Es wurden
einige Neuaufnahmen für die Partei gemacht.

— Eine rote Elf. In Guhrau soll eine rote Fußballmann-
schaft und ein Arbeitersportverein gegründet werden. Die Gründungs-
versammlung ist für den 7. Dezember vorgesehen. Anschließend findet
ein proletarischer Abend statt.

Briefkasten

Severin. Die Zeichnung können wir leider nicht veröffentlichen.
Wir bitten um Mitteilung der Adresse, um sie zurückzugeben zu können.

Man könnte unzählige Fälle schildern, die... die oben
angeführten oder noch schlimmer liegen. Viele Hauswirte glauben
eben, daß die vom Brüning-Kabinett eingeschlagene Politik ihnen das

Verantwortlich für den politischen Teil: Ernst Scheller, Berlin; für den
Proletariat (außer Oberfließen): Ernst Bollweber, Breslau; für
Oberfließen: Fritz Zerbach, Gubenburg. — Als Berater: Karl
Kausch, Breslau.

Rund um den Erdball

furchtbare Wirbelsturmkatastrophe in Amerika

Bethany vollkommen zerstört

Bisher 140 Leichen geborgen — 200 Gebäude in Trümmern — Nach der Katastrophe riesige Ueberschwemmung

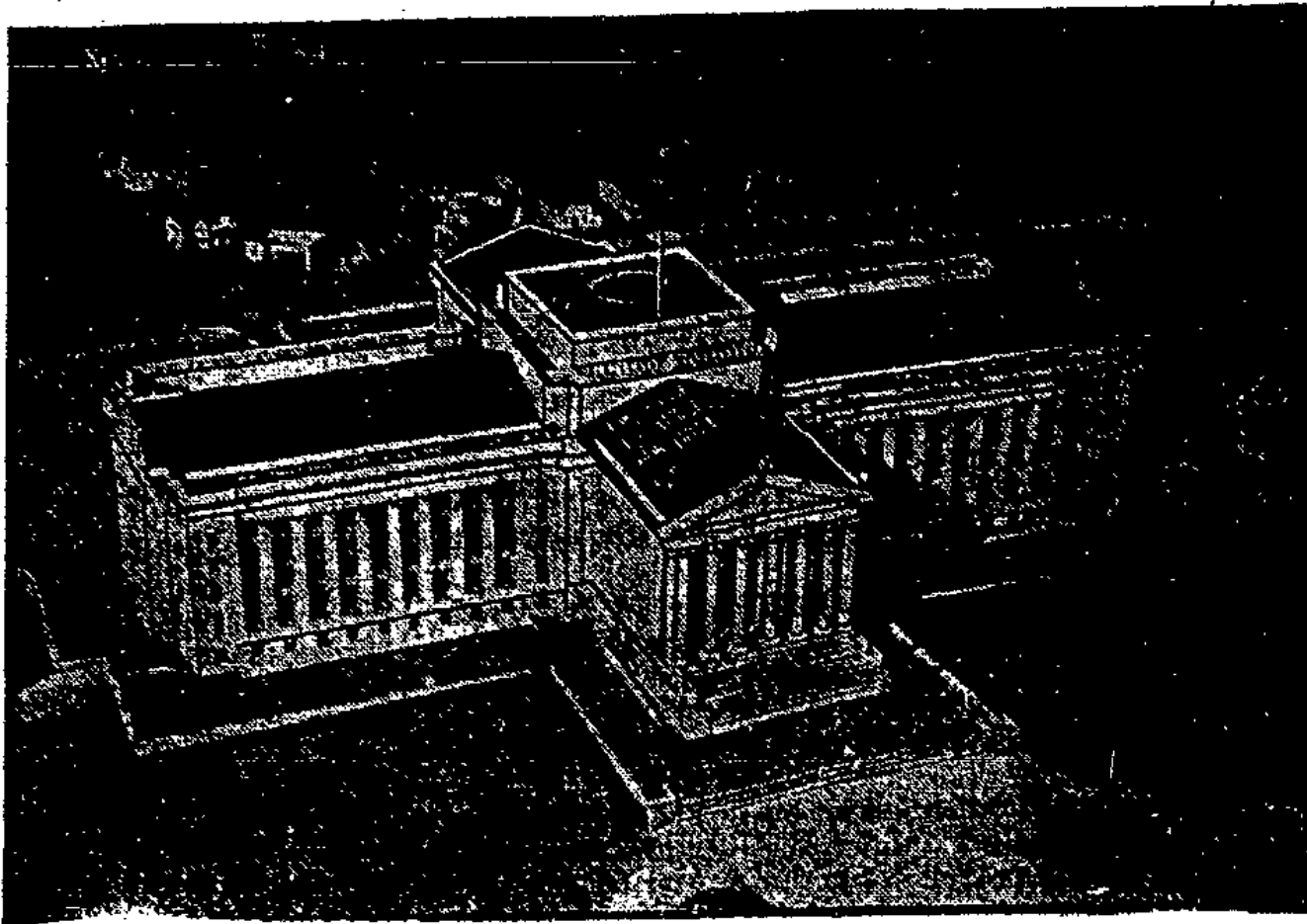
Neuhart, 20. November. Ein furchtbarer Wirbelsturm vernichtete am Mittwoch die Stadt Bethany im amerikanischen Staate Oklahoma. Nach der bisher vorliegenden Meldung wurden nicht weniger als 140 Leichen unter den Trümmern der eingestürzten Häuser hervorgezogen. Die Stadt ist vollkommen vernichtet.

Nach den ergänzenden Mitteilungen erweisen sich die Folgen der Sturmkatastrophe in Oklahoma als weit verhängnisvoller, als man im Anfang annahm. Unter den Trümmern der zusammengestürzten Häuser wurden außer den zuerst gemeldeten 40 Leichen weitere 100 hervorgezogen. Ueber 200 Gebäude sind vollkommen zerstört. Das Schulhaus im nahen Dorfe Camel brach zusammen. Das Dach wurde wie mit einem Messer abgeschnitten und kilometerweit fortgetragen. Dabei kamen zwei Schüler ums Leben.

Der furchtbare Wirbelsturm war von einem heftigen Wolkenbruch begleitet, der in allerhöchster Zeit sämtliche Straßen und Plätze der vernichteten Stadt bald über einen halben Meter tief unter Wasser setzte. Naturgemäß wird durch diese Ueberschwemmung das Rettungswert außerordentlich erschwert. Drei Kompanien der Nationalgarde wurden sofort nach dem Unglücks-

gebiet entsandt. Auch außerhalb der Stadt Bethany richtete der Tornado im Staate Oklahoma überall riesige Sachschäden an. Aus allen Dörfern werden Verluste von Menschenleben gemeldet.

Die Not der Bevölkerung steigt in dem Unglücksgebiet von Stunde zu Stunde, da durch die riesige Ueberschwemmung das Rettungswert stark behindert wird.



Oklomas Parlamentsgebäude wurde ebenfalls vernichtet

Ein verwegener Raubüberfall

„Hände hoch! Oder wir schießen“

Berliner Autoräuber erbeuten in Wittenberg 25 000 Mark Postgelder

Wittenberg, 20. November. Am Donnerstag vormittag ereignete sich unmittelbar vor der Reichsbanknebenstelle Wittenberg ein offenbar von langer Hand vorbereiteter, verwegener Raubüberfall.

Zwei Postbeamte hatten den Auftrag, rund 25 000 Mark Postgelder bei der Reichsbank einzuzahlen. Ein Postkassierer trug das Geld in einem Kufaden auf dem Rücken. In der zur Zeit sehr belebten Straße kurz vor der Reichsbanknebenstelle fuhr plötzlich ein Auto an den beiden Beamten vorbei und stoppte unvermittelt kurz vor ihnen. Zwei maskierte Männer stiegen dann aus dem Auto und stellten sich mit erhobenen Revolvern unter dem Ruf „Hände hoch, oder wir schießen!“ den erschrockenen Beamten entgegen. Während der eine Maskierte die beiden Beamten mit der Waffe bedrohte, schnitt der zweite die Halterriemen des Kufades durch und warf den Inhalt in das Auto.

Als Vorübergehende auf die ungewöhnliche Szene aufmerksam wurden und den bedrohten Beamten zu Hilfe eilen wollten, hielten die Autoräuber die Passanten mit der Waffe vom Leibe. Während alles zurückwich, sprangen sie in das Auto und rasten in wildestem Tempo in der Richtung nach Berlin davon. Trotzdem die Wittenberger Polizei sofort mit einem Kraftwagen die Verfolgung aufnahm, gelang es nicht, eine Spur von den Autoräubern zu erlangen. Das geraubte Geld bestand aus gebündelten 20-, 50- und 100-Mark-Scheinen.

Ergänzend wird zu diesem Überfall bekannt, daß das Auto einem Berliner Kaufmann in der Nacht zum Mittwoch aus der verschlossenen Garage gestohlen worden ist. Bei der Verfolgung auf der Chaussee wollten Polizeibeamte beobachtet haben, wie einer der im Auto sitzenden Maskierten durch einen Schuß verletzt worden sei.

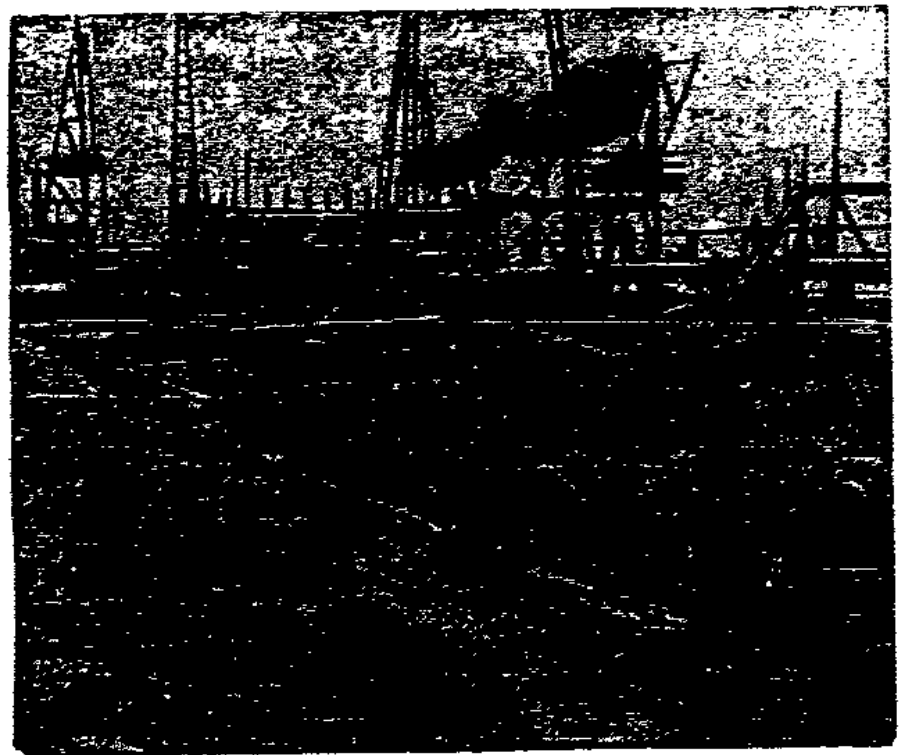
Kindertausch nach elf Jahren entdeckt

Köln, 20. November. In einem Entbindungsheim in Gladbach-Rheydt wurde vor elf Jahren eine Frau aus Neuwert und

eine Frau aus Gladbach in der gleichen Stunde von einem kräftigen Jungen entbunden. Nachdem beide Mütter wieder geträugelt waren, wurden sie mit ihren Kindern entlassen.

Zufällig trafen sich in der vergangenen Woche diese beiden Frauen wieder mit ihren Kindern. Dabei stellte die Frau aus Gladbach fest, daß der Sohn der Frau aus Neuwert eine verblüffende Ähnlichkeit mit ihrem Manne habe. Sie leitete sofort eine Untersuchung ein, die die überraschende Tatsache ergab, daß die Kinder vor elf Jahren in dem Entbindungsheim vertauscht wurden. Da zwar beide Mütter ihre vermeintlichen Kinder Liebesgewonnen haben, ging der Rüdtausch nicht ohne Tränen vonstatten.

Bau der Usedombrücke



Der Bau der Usedombrücke, die zur Verbindung der Insel Usedom mit dem Festlande, an der Straße Berlin-Swinemünde, über die Peene gebaut wird, stößt infolge des sumpfigen Untergrundes auf fast unüberwindliche Schwierigkeiten. In mühevoller Arbeit muß durch Abdämmen des Wassers — wie unser Bild zeigt — der Boden trockengelegt werden, der die Brücke tragen soll.

Gastatastrophe im Altersheim

Vier Greise vergiftet

Paris, 20. November. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich in der Nacht zum Mittwoch in einem Altersheim in Nanterre bei Le Mans.

Aus einem Ofen, der neben dem Schlafraum einer Reihe Pensionäre stand, waren Kohlenoxydgase entwichen und hatten schließlich durch die Türspalten Zugang zum Schlafraum gefunden. Als die Wärter am Morgen in den Raum kamen, fanden sie vier Greise tot in ihren Betten auf, während mehrere andere mit schweren Vergiftungsercheinungen in ein Krankenhaus überführt werden mußten.

Ein belgischer Dampfer gesunken

Am Mittwochabend tauchte auf der Schelde bei Antwerpen ein englischer Dampfer mit einem belgischen Dampfer der Jägerklasse geladen hatte, zusammen. Das belgische Schiff sank innerhalb zwei Minuten. Fünf Mann der Besatzung fanden dabei den Tod in den Fluten.

Bluttat eines deutschen Aulaten

Landarbeiter wie einen toten Hund niedergeschlagen

Neubrandenburg, 20. November. Wegen Bohrfreistigkeiten kam es am Donnerstagmorgen in dem mecklenburgischen Dorfe Thurem zwischen dem Landarbeiter Gill und dem Großbauern Neumann zu einer heftigen Auseinandersetzung.

Plötzlich ergriff der brutale Aulaten einen dicken Knüttel und verfecht dem Landarbeiter damit einen heftigen Schlag über den Schädel. Lautlos brach der Landarbeiter zusammen und starb kurz darauf an den Folgen der schweren Verletzungen.

Falschmünzerei oder Spielmarkenfabrikation?

Ozeanflieger Leviné der Staatsanwaltschaft übergeben

Wien, 20. November. Die Ermittlungen der Polizei in der Angelegenheit des verhafteten Ozeanfliegers Leviné, der bekanntlich der Falschmünzerei beschuldigt wird, sind im wesentlichen abgeschlossen. Leviné konnte den gegen ihn vorliegenden Verdacht der Falschmünzerei nach polizeilicher Behauptung nicht entkräften.

Levinés Aussage, er habe die Münzen nur einseitig prägen lassen wollen, um auf der Rückseite sein eigenes Porträt anzubringen, steht in kräftigem Gegensatz zu der Erklärung des Graveurs, der versichert, von einer einseitigen Prägung der Münzen nichts zu wissen. Nunmehr ist der verhaftete Leviné der Staatsanwaltschaft übergeben worden.

Die Flugzeuggeschwader der Alkoholhändler

Ein Riesenprozeß in Detroit

Neuport, 20. November. In Detroit beginnt in einigen Tagen ein Riesenprozeß gegen zwei Schmugglerbanden, die seit Jahr und Tag ungeheure Alkoholmengen in Flugzeugen von Kanada nach den Vereinigten Staaten eingeführt haben. Von den insgesamt 30 Flugzeugen, über die diese Schmugglerbanden verfügten, konnten bisher nur zwölf beschlagnahmt werden.

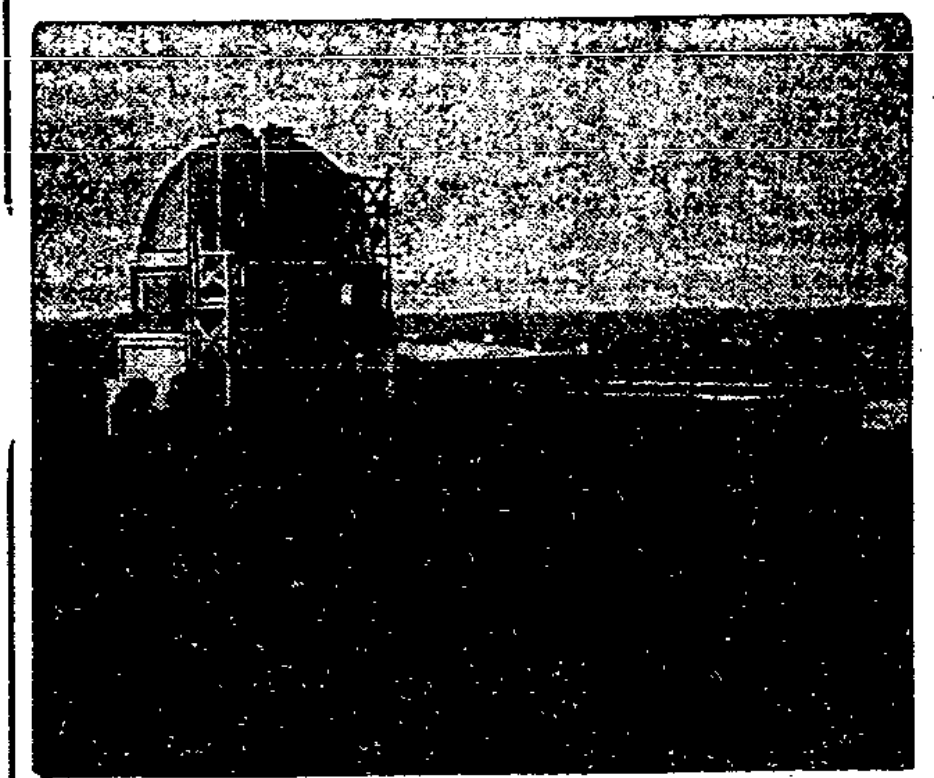
Schwedisches Militärflugzeug abgestürzt

Nach einer Meldung aus Stockholm stürzte am sogenannten Bußtag ein schwedisches Militärflugzeug in Südschweden ab. Der Führer des Flugzeuges wurde auf der Stelle getötet.

Straßenbahnunglück in München

Auf dem Maria-Hilf-Platz in München fuhr ein Straßenbahnzug einem zweiten Straßenbahnzug in voller Fahrt in die Seite. Zwei Personen wurden lebensgefährlich verletzt.

Schwedens neueste Sternwarte



Bei Saltsjöbaden, dem herrlichen Ausflugsort der Stockholmer, wird zur Zeit Schwedens neueste Sternwarte erbaut. Wie unser Bild zeigt, geht sie bereits ihrer Vollendung entgegen.

1000 Frauendelegierte

entsenden die werktätigen Frauen Deutschlands zum 2. Reichskongreß werktätiger Frauen am 22./23. November in Berlin

zum Kampf

gegen Lohnraub, Preisabbauschwindel und Faschismus, für Lohnerhöhung, gleichen Lohn für gleiche Arbeit, für ausreichenden Schutz für Mutter und Kind.

großen Kundgebung im Sportpalast

am Sonnabend, dem 22. November, 19.30 Uhr.

Es sprechen: Ernst Thälmann, der Führer der Kommunistischen Partei, Klara Zetkin, die greise Kämpferin, Maria Reese, die frühere sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete und ausländische Delegierte.

Trefft überall die letzten Vorbereitungen zum Reichskongreß werktätiger Frauen! Verstärkt in den letzten Tagen die Sammelaktion zur Finanzierung möglichst starker Delegationen aus allen Schichten der werktätigen Frauen!

Stehen am 27. November im Stadtparlament zur Beschlussfassung

Der Komödie erster Akt

Gestern fand eine Sitzung des Finanzausschusses (Magistrat) statt, die zu der Magistratsvorlage auf Einführung der Bürger-, Bier- und Getränkesteuer zu beschließen nahm.

Am 28. November findet eine Sitzung des Magistrats statt.

Es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß bereits am 28. November ein Beschluß des Magistrats gefaßt werden wird.

Daß es auf parlamentarischem Wege noch möglich ist, die Interessen der werktätigen Bevölkerung wahrzunehmen, können nur ausgefuchste Demagogen behaupten.

Stadteil West tritt heute um 18.30 Uhr am Striegauer Platz an.

Zeugen gesucht! Diejenigen Genossen, welche am 20. November um 10 Uhr auf der Messergasse, kurz hinter der Schmiedebrücke, bei der Erwerbslosenkonferenz den Vorfall sahen...

„Junge Bühne“ im Stadt-Theater

Unter der Bezeichnung „Junge Bühne“ hat die Intendanz des Stadt-Theaters ein Studio errichtet, das an Sonntagvormittagen Werke zeitgenössischer Komponisten zur Aufführung bringen wird.

Nach einer kurzen Pause gab es dann den „Lindbergh-Flug“, Musik von Weill und Text von Bert Brecht. Die sehr wirksame szenische Montage war von Günther Hirschfeld-Protsch...

Liedlich-Theater

Das neue Programm hält fast 100 Prozent die bekannte Linie ein, die man hier gewöhnt ist. Damit ist bereits ausgedrückt, daß alle Darbietungen wie immer auf vollendeter künstlerischer Höhe stehen.

Zentraltheater. Als Nebenprogramm der Film „Die Straße der verlorenen Seelen“ nur dem „Star“ Pola Negri. Ein an die Sentimentalität der Spießer dockender Film.

Die Sitzung des Breslauer Stadtparlamentes wird sich am 27. November u. a. mit einer Vorlage des Magistrats auf Einführung der Bürger-, Bier- und Getränkesteuer zu beschließen haben.

Um den Redakteuren der bürgerlichen Presse das Rätsel „Wie sage ich's meinem Leser“ zu erleichtern und zu lösen, veranstaltete der Magistrat am gestrigen Tage eine Pressebesprechung.

„Dieses Steuerattentat auf die Breslauer Bürgerschaft in der gegenwärtigen Zeit ist ein Wiberkinn ohnegleichen.“ Auf der einen Seite Abbau der Gehälter und Löhne, auf der anderen eine ganz wesentliche Steigerung der Mieten und anderer Abgaben.

Wir wissen, wie man diese radikal klingenden Worte einzuschälen hat. Die „Neuesten Nachrichten“ schreiben sie ausschließlich, um ihre Leser nicht allzuheiß vor den Kopf stoßen zu lassen.

Die „Volkswacht“ veröffentlicht einen Artikel von Dr. Er

nimmt zu den einzelnen Steuerarten Stellung und bemerkt zwischen-

„Brüning hätte über die Art, wie man Steuern macht, von den Breslauer Sozialdemokraten etwas lernen können.“

Der Artikel schließt mit folgenden Sätzen: „Wenn auch die preussische Regierung, an der unsere Genossen beteiligt sind, die Gesetze und Vorschriften des Reiches durchzuführen muß, und somit auch die Durchführung der Notverordnung verlangt, so sind unsere Breslauer Stadtverordneten doch keine Regierung.“

Aus den angeführten Stellen geht eindeutig hervor, daß die sozialdemokratische Fraktion (und auch der SPD-Parteivorstand) keinesfalls gegen die weitere Belastung der werktätigen Bevölkerung mit neuen Steuern ist.

Die kommunistische Stadtverordnetenfraktion wird selbstverständlich die Magistratsvorlage ablehnen, und zwar deshalb, weil sie eine untragbare Belastung der breitesten Schichten der werktätigen Bevölkerung bedeutet.

Die Frage: Wer soll die Lasten tragen, der Besizende oder der Nichtbesizende? wird nicht im Parlament entschieden, sondern im außerparlamentarischen Kampf.

Rüstet zum Empfang der roten Sportler!

Am Sonnabend und Sonntag findet in Breslau („Schiefwerder“) das rote Sportfest statt. Die auswärtigen Sportler treffen am Sonnabend um 18 Uhr auf dem Hauptbahnhof in Breslau ein.

Sind Mieter Menschen zweiter Klasse?

Erscheint heute in den Versammlungen — Organisiert den Abwehrkampf!

Wir veröffentlichen nachstehend zwei Aufsätze, die das Verhältnis Mieter — Hausbesitzer illustrieren:

„Der Besitzer des Hauses auf der Matthiasstraße 80, der Fleischermeister Gottschalk, hat es nicht für notwendig, die Wohnungen seiner Mieter in Ordnung zu halten.“

„Im November 1928 erhielt ich durch das Wohnungskommisariat die Wohnung Mählgasse 18 II zugewiesen. Der Hauswirt Franz Schneider verweigerte mir die Wohnung mit dem Vorwand, daß ihm drei Zuweisungen zustehen.“

Recht gibt, die Mieter als Menschen zweiter Klasse zu behandeln.

Obendrein sollen die Mieter auch noch die erhöhte Miete und die Nachzahlung ab April leisten.

Tagen gilt es den Kampf zu organisieren. Mieter, erscheint zahlreich in den Versammlungen, die von der kommunistischen Partei und dem Kampfausschuß der Mieter einberufen sind.

Heute Freitag, 20 Uhr, „Silesia“, Friedrichstraße 11; „Oberstrom“, Hertrage 48; „Sanssouci“, Mählgasse 11; „Bratlawia“, Mauritiustempel; „Wollins Festhäle“, Frankfurter Straße 109.

Morgen Sonnabend, 20 Uhr, „Kasino“, Neue Gasse. Unkostenbeitrag 10 Pfennig.

Quartiere gesucht! Diejenigen Genossen, welche gewillt sind, Rote Sportler vom 22. bis 23. November zu sich ins Quartier zu nehmen, möchten ihre Adresse an Fritz Winkler, Leuthenstraße 66, einleihen.

Ohlau

Revolutionsfeier

Am Sonntag, dem 23. November (Toten Sonntag), findet bei Schmidt (über der Oder) unsere diesjährige Gedenkfeier der russischen Revolution statt.

Guhrau. Eine gut besuchte Versammlung, die von der kommunistischen Partei einberufen war, fand in Guhrau statt. Der Genosse Schirdewan-Breslau hielt das Referat.

— Eine rote Elf. In Guhrau soll eine rote Fußballmannschaft und ein Arbeiterportverein gegründet werden.

Briefkasten

Severin. Die Zeichnung können wir leider nicht veröffentlichen. Wir bitten um Mitteilung der Adresse, um sie zurücksenden zu können.

Man könnte unzählige Fälle schildern, die die oben angeführten oder noch schlimmer liegen. Viele Hauswirte glauben eben, daß die vom Brüning-Kabinett eingeschlagene Politik ihnen das

Verantwortlich für den politischen Teil: Ernst Schneller, Berlin; für den Probeheft (außer Oberheften): Ernst Bollweber, Breslau; für Oberheften: Fritz Zerkow, Hindenburg. — Für Inserate: Karl Brandt, Breslau.

F Empfehlenswerte Geschäfte von Schlesien

Neusalz
Spare bei der
Schlesischen Sparkasse
 zu Neusalz a. d. O. 1918

Neusalz
 Max Süßenbach, Berliner Straße 10
 Beste Bezugsquelle sämtlicher
 Kolonialwaren und Spirituosen
 1908

Herren- und Damen-Konfektion
MAX JORDAN, Friedrichstraße 30
 1911

Sanitäts-Fachgeschäft
 Bandagist
WALTER HÄCHENBERGER 1913

Herren- und Damen-Friseur
KARL DÜSTERHOFT, Kirchhofstr. 24
 1914

Bäckerei
 empfiehlt
Georg Sionina
 Raudener Siedlung 1918

Paul Kreidel 1910
 Inhaber Agnes Scholz
 Farben - Drogen - Photo
 Neusalz a. d. O., Markt 14

Arbeiterkleidung
 nur Qualitätsware
Friebe & Grote 1912
 Neusalz a. d. O., Friedrichstraße 15

Sagan
FRITZ SKUPIN
 Ring 35
 Herren- und Knaben-Bekleidung
 2018

Molkerei Hirschfeldau
 Filiale Brüderstraße 12
 2033

F. Rollmann, Markt 24
 Inh.: R. Koblitz, Telefon 57
 Uhren, Gold- u. Silberwaren Optik.
 2-57

KARL HOFFMANN
 Ring 38
 Strickwolle / Wollwaren / Trikotagen
 2047

Raucht Zigarren
 von
MAX DÖLLE, Sorauer Straße 8
 2054

Bunzlau
Bruno Heinze
 Moden- u. Ausstattungshaus 1895

Lehrmolkerei
Bunzlau
 Löwenberger Landstraße
 1898

ERNST REINHOLD, Stockstraße 19
 Bekleidung und Möbel
 1900

RESERVIERT 2
 1896

Gasthof zum Deutschen Reich
 Treff der Arbeiter
 1897

A. KRAUSE, Nikolaistraße 5
 Küchengeräte / Spielwaren
 1899

SCHIFFER & SOHN
 Wurst- und Fleischkonserven-Fabrik
 Schinkensalerei
 1901

OSKAR GIEBLER, Poststraße
 Esser für Geschenke
 1902

Herren- und Knaben-Konfektion / Schuhwaren
Gustav Scholz, Klosterplatz 4/5
 1903

Leinwandhaus
HEINRICH HAMMERLA
 Leinwand- und Baumwollwaren
 Klebstoffe / Wäsche
 Trikot
 1904

Lebensmittelhaus
THEOPHIL ROSENTHAL
 1905

Kurt Ludwig
 Glas, Porzellan
 Geschenkartikel
 Nikolaistraße 15
 2450

Haynau
 Kauft bei
T. Prinz 1864

Kauft bei Griesche
 Burgstraße 38
 1865

Liebau
 Treff der Werktätigen
 Gasthof „Zum Schießhaus“
FRIEDRICH PFÖRTNER
 1880

Kolonialwaren Lebensmittel, Porzellan, Tonwaren
ALB. KLINKE, Breite Straße 15
 1908

Alb. Hertrampf
 Herren- u. Damen-Friseur
 Ring 29
 1907

Liegnitz
 Herren- u. Knaben-
 Konfektion
 Herren-Artikel
S. Harlam
 Ring 46

Fritz Hoche
 Konditorei
 und Cafe
 Goldbergstr. 26
 Ferneuf

Schuhhaus
Remane
 Carthausstraße 7 am Bahnhof

Kauft im Schuhhaus
Hauptwache

Vereinigte
Lichtspielhäuser
 Liegnitz

Weißstein
MAX SCHAL, Salzbrunner Straße
 Bäckerei und Konditorei
 1584

DEUTSCHES HAUS, Hauptstr. 93
 Inh.: ERNST BARTLOG
 empfiehlt großen und kleinen Saal mit
 Vergnügungen und Versammlungstischen
 1572

WILLY HEYNE, Hauptstr. 174
 KOLONIALWAREN, VORKOST, SÜD-
 FRÜCHTE, SCHOKOLADE, TABAKE,
 AUTOFÜHRGESCHÄFT, Telefon 1908
 1573

RESERVIERT Nr. 111
 1574

KAUFHAUS HANKE
 Hauptstraße 115
 1575

W. SCHWEITZER & SOHN
 SCHUHE - LEDER
 Weißstein - Gotberg - Salzbrunn
 1576

Bäckerei u. Konditorei
KARL PUSCHMANN Hauptstr. 62
 1577

DEUTSCHER FRIEDEN
 Inh.: ROBERT ELSNER
 Angen. Verkehrslokal der Werktätigen
 1578

M. NIXDORF, Koehlers Nachfl.
 Kolonialwaren, Textilwaren
 HAUPTSTR. 86
 1579

HANS HERZOG, Altwasserstr. 14
 Billigste Bezugsquelle f. Lebensmittel
 1580

ERNST LANTE, Altwasserstraße
 Reste und Partiewaren - Anzugstoffe
 1581

1582 Die Werktätigen decken ihren
 Bedarf an Backwaren bei
JULIUS SCHWARZER, Hartauer Weg 2

STEINERNES KREUZ
 empfiehlt seine Lokalitäten
 1583

Kartoffeln, Obst, Gemüse, Süßfrüchte
Richard Günther, Hauptstraße Nr. 80
 1980

Licht- und Funkhaus
ERNST ROTHER, Hauptstraße 168
 1981

BRAND & NAEWE 1982
 Kolonialwaren - Spirituosen
 Zweiggeschäft: Hartauer Weg 13

Jauer
 Zur Wäsche
Rummler-Seife
 2598

Schwarzhaus
haus Oskar Finkler
 2598

AUGUST FEIGE & SOHN
 Likörfabrik und Weinhandlung / Tabakwaren
 Fruchttafelpresserei / Tel. 103
 2599

Richard WENKE, Goldbergstr. 24
 ff. Fleisch- und Wurstwaren
 2595

RESERVIERT 99
 2601

WILHELM WEINHOLD
 Goldbergstr. 10
 Ia Fleisch- und Wurstwaren
 2597

LEBENSMITTEL
Martha Romainczyk, Altjauer Str. 18a
 2600

Reinhold Köhler, Vorwerkstr. 32
FLEISCH- u. WURSTWAREN
 2601

Schwarzwaldau
REINHOLD FICHTNER
 Reparaturwerkstatt, Fahrräder, Schallplatten
 2605

GEORG STRAUCH
 Brot-Weiß- und Feinbäckerei
 2602

KAUFHAUS OSKAR DEMUTH
 Billigste Bezugsquelle für
 Lebensmittel und Bedarfsartikel
 2603

ALFRED KAUFER, Ortsstraße 30
 Fahrradhandlung / Reparaturen
 2604
 Sprechmaschinen / Schallplatten

Rothenbach
SCHUHWARENHAUS
 Julius Asmann, Hauptstraße 30
 2606

A. Köhler, Inh. Paul Rennoch
 Feinbrot, Lebensmittel, Haus- u. Küchengeräte
 Eisenwaren, Leder / Nr. 34
 2607

Petersdorf
OSWALD KLOPP, Dorfstraße 13
 ff. FLEISCH- und WURSTWAREN
 1582

GERICHTSKRETSCHAM, Dorfstr.
 ANGENEHMER FAMILIENAUFENTHALT
 1583

ELSE SCHÖN, Dorfstraße 52
 Kolonialwaren, Zigarren, Zigaretten, Tabak
 1584

GONTER HIRTH, Dorfstr. 8
 Kolonialwaren, Delikatessen,
 Haus- und Küchengeräte
 1585

A. LEISCH G. Dorfstraße
 Drogen, Farben, Lacke, Photoartikel
 1586

APOTHEKE, Dorfstr. 89
 Homöopathische und biodynamische Arzneimittel
 Toiletteartikel, Krankenwägen, Hautuntersuchungs-
 1587

P. BERNHARD, Dorfstraße 205 a
 Uhren / Optik / Sprechapparate
 Reparatur-Werkstatt
 1633

OTTO HEIDENREICH, Dorfstraße
 Konditorei / Bäckerei / Cafe
 1614

HERM. TICHTER, Dorfstraße
 Kolonialwaren / Weine
 Spirituosen / Küchengeräte
 1658

HELENE SIEBERT
 Herrenartikel, Arbeitsgarderobe
 Kurz-, Weiß-, Wollwaren
 1656

RUDOLF HAERTEL
 Cafe
 Bäckerei / Konditorei
 1657

Schuhwarenhaus M. WUNSCH
 Neuzeitlich eingerichtete Reparatur-Werkstatt
 1658

Freiburg
 Willst Du kaufen?
 Nur bei Wäsche-Schneider, Inh. Erich Vogel
 Burgstraße 18
 1301

GEORG HANKE, Striegauer Straße 29
 Kolonialwaren / Butter / Eier
 Obst / Gemüse
 1302

ERICH DRESEL, Landesunter Straße 18
 Manufakturwaren / Konfektion
 1303

Neumarkt 11 **CARL MÜLLER** Bahnhofstr. 18
 Kaffeesäterei mit elektrischem Betrieb / Lebens-
 mittel / Spirituosen / Weine / Tabakwaren (1304)

Trinkt mehr Milch!
Molkerei ADOLF HASLER
 Eier, Butter, Käse
 Striegauer Straße 33
 1305

A. GOLDMANN
 Sandstraße 18
 Weiß- und Wollwaren
 gut und billig!
 1307

MAX KEIL
 Striegauer Straße 30
 Selter- und Limonadenfabrik
 Biere der Brauereien:
 „Ultheiß und Haase“
 1308

RESERVIERT NR. 11
 1309

Bäckerei EMIL SCHOLZ
 Striegauer Straße 23
 1310

RESERVIERT
 1306

Greiffenberg
Kaufhaus J. Gutmann, Kirchstr. 3
 Damenkonfektion, Kleiderstoffe
 Weiß- und Wollwaren
 1527

PAUL SCHOLZ, Ring 36
 Konfektion und Maßanfertigung
 1528

RISEUR und PUPPENKLINIK
Ernst Haase, Laubaner Straße 48
 1529

Fleisch- und Wurstwaren
Emil Glaubitz Reserviert 1
 Zittauer Straße 7
 1931
 153

Gottesberg
Gasthaus 1088
 „Zum Stern“
 Verkehrslok. d. Werktätigen
Gustav Schüller
 Heidsstraße 13 109
 ff. Fleisch- u. Wurstwaren

Strehlen
RADIOFONBEUGESellschaft
 m. b. H.
 1250

MAX KALKE, Ring 25
 Bekleidung
 1247

Man kauft gut
 im Schuhhaus Kunte, Kl. Kirchstr. 1
 1249

Kleiderstoffe / Wäsche / Konfektion
FRITZ GRUNDMANN, Ring 50
 1251

Glogau
 Trinkt Glogauer
 „Berthold-Biere!“
 2042

Molkerei Glogau zu Raufchwitz
 2041

K. Matwald
 Mühlstraße 1
 Zigaretten
 Zigarren, Tabake
 2035

Herren- und
 Knabenbekleidung
Ad. Kreuzberger
 Markt 18
 2038

PIETRKOWSKI
 Seit 35 Jahren Qualitätswaren
 immer am billigsten!
 2034

G. SKOBEL, Lange Straße
 Zigarren, Tabake, Zigaretten
 2039

H. GOLDNER, Judenstraße 5
 Zigarrenhaus
 1965

W. KLAMT
 Eisenwaren
 2040

Herren-, Damen- u. Kinderbekleidung
 Wäsche, Trikotagen, Wollwaren und
 Berufskleidung bei
ADOLF SCHINDLER 1966

ALFRED JENZEN
 Mälzstraße, Ecke Mohrenstraße
 Damenhüte / Damenkonfektion
 2036

Brot, Weiß- u. Feinbäckerei
ERICH LINDNER
 Lange Straße 17
 2033

Max Wolff
 Fleisch- und
 Wurstwaren
 Lange Straße 12
 Beethovenstraße 1
 2450

RESERVIERT 318
 2468

PAUL KURZKE
 Mälzstraße 41
 Schuhwaren aller Art
 2037

F. A. HOFFMANN
 Mühlstraße 8
 Kolonialwaren - Tabake
 2466

OTTO KOPPE, Preußische Str. 45
 Destillationsausschank
 2460

E. Weißstein Nachfl.
 Inh.: Emil Brose
SPIELWAREN - Glogau, Mülzstr. 39
 2465

UHREN - GOLDWAREN - OPTIK
Franz Frölich
 Eigene Reparaturwerkstatt
 2459

Lebensmittelgeschäft
JOHANNA BLEIL, Lange Straße 8
 2463

FRISEUR ROBERT BURGUND
 Lange Straße 80
 2458

Bäckerei u. Konditorei
GOTTLIEB HANDIKE
 Spez.: Steinmetz-Kraftbrot
 Dr. Klopfer-Brot
 2462

FAHRRADHAUS THEODOR PREUSS
 Nähmaschinen, Grammophone
 Eigene Reparatur-Werkstatt
 2457

SCHUHHAUS
J. Zadek
 2461

CARL FRANZ, Lange Straße 61
 Brot-, Weiß- und Feinbäckerei
 2455

Brandt & Wegner
 Ecke Hohe und Ecke Keplerstraße
 2050

BENNO LACHMANN
 Glas, Porzellan, Haus- u. Küchengeräte
 2453

Die beste und billigste Einkaufsquelle für
 Lebens- und Genussmittel aller Art ist die
THAMS & GARFS-Niederlage
 Sorauer Straße 24
 5% Rabatt! Außerdem Contenance!
 2054

JOHANNES BERGER
 Kdt.-Ges.
 Schokoladengeschäft
 2452

PAUL JACOB, Markt 31
 Fabrik feiner Fleisch- und Wurstwaren
 2049

Kaufe im Seifenhaus
Gebr. Strumpf
 Glogau, Lange Straße 70
 2454

ELSEHOFFMANN, Stadtwiese 2
 Damen-, Herren- und
 Kinderwäsche
 2051

RESERVIERT
 2043

BRAUEREI „IVOLT“
M. Bandach
 Kessel- und Einfacher
 Kalkbrennung
 2052

Gasthof „DEUTSCHER KAISER“
 Inh. Oswald Siegert
 Habe meine Lokalitäten der Arbeit-
 schaft Kantzen empfohlen!
 2055

Lebensmittelhaus H. LESSER
 Kurlandstraße 6
 2044

FR. HOFFMANN, Keplerstr. 53
 Destillation / Likörfabrik
 2045

KARL UNGER, Keplerstraße 20
 10% auf Wäsche, Bettfedern
 2046

Herren- u. Knaben-
 Konfektion
 Herren-Artikel
S. Harlam
 Ring 46

Schuhhaus
Remane
 Carthausstraße 7 am Bahnhof

VEREINIGTE
Lichtspielhäuser
 Liegnitz

Oberschlesien

Severing-Kurs im Beuthener Stadtparlament

Wichtige kommunistische Anklagen gegen die Miswirtschaft des Magistrats dafür wurde Genosse Dr. Zymalla bis auf „weiteres“ von den Sitzungen ausgeschlossen!

Beuthen. Schon die letzten Sitzungen des Stadtparlamentes haben im Zeichen schärfster anklagender Kritik gegen die Miswirtschaft des Magistrats durch die kommunistische Fraktion. So auch am Montag, dem 17. November, abgehaltene Sitzung. Wir wollen hier über die wichtigsten Vorlagen, die im Parlament zur Beratung standen, berichten:

In einer Vorlage wurde die Zustimmung zum Kauf eines Transportautos gefordert, die auch erteilt worden ist. Die kommunistische Fraktion wandte sich hierbei auf das schärfste gegen den Magistrat, weil Fälle vorliegen, wo Proletarier, die auf der Straße verkehrten, stundenlang auf den Abtransport warten mußten. Die städtische Stelle, die den Wagen zu stellen hat, erkundigte sich erst danach, wer die Kosten bezahlen werde! Der kommunistische Sprecher forderte, daß in Zukunft sofort auf Anfordern der Wagen kostenlos gestellt wird, weil ja in den meisten Fällen, ja, man kann überhaupt nicht sagen, nur Proleten in Frage kommen. Die Deutschnationalen machten den Mut auf, gegen die Vorlage zu stimmen.

Bei dem Punkt „Bei Vergabe von Arbeiten keine Magistratsmitglieder zu berücksichtigen“ entspann sich eine längere Debatte. Genosse Dr. Zymalla stellte fest, daß vor allem anerkannte Handwerker städtische Aufträge erhalten und dadurch die übrigen arbeitenden Gemeindeglieder geschädigt werden.

Zu der Vorlage auf Erlass einer Dienstverordnung betr. Regelung der Benutzung der städtischen Dienstautos sprach gleichfalls Genosse Dr. Zymalla und geißelte das Umherfahren mit den städtischen Dienstautos durch einzelne höhere Magistratsbeamte, die sich besonnen nach Hause bringen lassen, wobei Frauen (!) nicht fehlen. Behnende von Markt, die die wertvollen Steuerzahler sich abdrücken lassen, werden für Spritzfahrten verpulvert.

Einige bürgerliche Stadtverordnete ersuchten in einem Antrage, daß die besetzten Magistratsmitglieder auf zwanzig Prozent ihres Gehalts vermindert werden. Die „Herren“ des Magistrats

blieben stumm und wußten kein Wort auf dieses Ansuchen zu erwidern. Genosse Dr. Zymalla ergriff hierzu das Wort und entlarvte bei diesem Antrage die bürgerliche Heuchelei. Diese Stadtverordneten hatten seinerzeit die Möglichkeit, der kommunistischen Forderung auf Kürzung aller Gehälter von monatlich über 500 Mark zuzustimmen. Das taten sie nicht. Der Genosse ging auf die steuerliche Massenbelastung durch Regierung und Magistrat ein, und richtete von der Tribüne des Parlamentes an die wertvollen Schichten den Appell, endlich einen ernsthaften Massenkampf gegen Massenanspöndlung, Not und Elend unter der Führung der KPD. einzuleiten. Hierbei prangerte er die Hungerregierung Brüning und ihre Steigbügelhalter, die sozialdemokratischen Führer, an. Das brachte die Feinde der Arbeiterklasse in Aufruhr, und Stadtverordnetenvorsteher Jambak als Exponent sah den Moment gekommen, die kommunistische Fraktion mundtot zu machen. Er verlangte vom Genossen Dr. Zymalla die bindende Antwort auf die Frage: „Ob er bereit sei, die Pflichten eines Stadtverordneten zu erfüllen, die Richtlinien der KPD. abzulesen?“ Genosse D. antwortete darauf, daß er auch weiterhin einzig und allein die Interessen der arbeitenden Klasse wahrnehmen werde. Daraufhin schloß Jambak unseren Genossen bis auf „weiteres“ von den Sitzungen mit Billigung der bürgerlichen Meute und der Sozialfaschisten aus. Die übrigen Fraktionsmitglieder verliehen zum Zeichen des Protestes gegen die faschistischen Methoden die Sitzung.

Vertätigte Frauen und Männer! Gegen den eingeleiteten Severing-Kurs zur Mundtotmachung der Kommunisten, als eurer einzigen Vertreter, müßt ihr sofort massenhaft Protest erheben und Sturm laufen. Wenn auch die KPD. zur Protestkundgebung gegen die faschistische Diktatur im Stadtparlament aufruft, so erscheint restlos. Gestaltet diese Kundgebungen zu wichtigen Kampfdemonstrationen gegen die Hungerdiktatur!

(Selbstverständlich). Auch dieses Mal hat Regierungspräsident Dr. Lukaschek 14 000 Mark für die Renovation der katholischen Kirche gestiftet. Für die Erwerbslosen hat man kein Geld, aber für die Kirche ist jederzeit Geld da. Geht diesen schamlosen Brüdern die richtige Antwort: Heraus aus der Kirche!

Was geht in der Sutfabrik Südel vor?

Durch die Nationalisierung wurde auch hier die Belegschaft reduziert. Dort, wo früher Männer die Arbeiten verrichteten, stehen jetzt Frauen; in überwiegender Zahl 14—18jährige Mädchen, die für einen niedrigen Lohn dieselben Arbeiten machen müssen. Natürlich sind diese weiblichen Arbeitskräfte am wenigsten in der Gewerkschaft organisiert. Durch den dauernden Betrug der reformistischen Führer haben jedoch schon viele Arbeiter auch hier den Gewerkschaften den Rücken gekehrt. Da der Betriebsrat ein Sozialdemokrat ist, der für die Interessen der Belegschaft nicht genügend eintritt, sind dort Zustände eingerissen, die nur mit Hilfe revolutionärer Betriebsräte, hinter denen auch die Belegschaft stehen muß, beseitigt werden können. Die Belegschaft arbeitet in ihrer Gesamtheit nicht voll; sehr oft kommt es vor, daß eine Arbeiterin, wenn sie früh um 7 Uhr kommt, um 1/8 Uhr schon wieder nach Hause gehen muß, weil nichts zu tun ist. In den Abteilungen, wo die Kollegen zusammenhalten, kommen solche Dinge nicht vor. Obwohl die Arbeiter des öfteren Beschwerde über herartige Zustände führten, wird seitens des Betriebsrates nichts getan, um solche Zustände zu beseitigen. Dadurch die Sozialdemokraten den Faschisten in diesem Betriebe den Weg ebnet, ist ganz klar. Aber auch die Faschisten sind ruhiger mit dem stillen Wasser; nur wenn es gegen Arbeiter geht, haben sie mehr Mut! Arbeiter, Arbeiterinnen von Südel, kämpft um höhere Löhne, kämpft gegen diese Zustände mit der revolutionären Gewerkschaftsopposition!

Landfriedensbruchs-Prozess gegen König und Genossen

In Sachen gegen König und Genossen wegen Landfriedensbruchs steht Termin in der Berufungsinstanz vor der Strafkammer II des Landgerichts in Ratibor am 28. November 1930 an.

Nelise

Gegen den Faschismus!

Am 29. November findet in Reife, „Brauhaus“, um 20 Uhr, die Gründungsversammlung des „Kampfbundes gegen den Faschismus“ statt.

Erwerbslose und Betriebsarbeiter, erscheint in Massen!

Neustadt

Gefängnismethoden schon auf dem Schulhof

In früheren Jahren war es üblich, daß die Schulkinder, nachdem sie eine Stunde die Schulbank gedrückt haben, in der Pause frei umherlaufen konnten. Ihre Brust bekam dann die Atemfreiheit wieder, und mit Frische ging es nach der Pause in die Klasse. In der evangelischen Volksschule ist jetzt eine neue Methode eingeführt worden. Die Schulkinder müssen während der Pause im Schulhof in Reih und Glied gehen, bis die Pause zu Ende ist; und welche demjenigen, welcher einen Schritt aus der Reihe tut! Der Lehrer oder die Lehrerin haben bei Nichtbefolgung der wahnsinnigen Anweisung unabweislich mit dem Stock drein.

Sollen so unsere Kinder zu gebunden und munteren Menschen erzogen werden? Wir verlangen, daß solche Erziehungsmethoden abgeschafft werden. Im Gefängnis wird während der Freistunde genau so verfahren!

Oppeln

Kriegsopfer, holt euch in der Versammlung der KPD. Aufklärung!

Nur sie allein steht auf eurer Seite

Am Sonntag fand in der „Erholung“ eine Protestversammlung des Zentralverbandes Deutscher Kriegsbeschädigter statt. Thema war die Notverordnung und die Sparmaßnahmen der Reichsregierung. Opfer soll der Kriegsverletzte bringen. Er hat noch nicht genug geopfert. Die Gesundheit, den Beruf und durch die Inflation noch die letzten Ersparnisse, die so mancher als Kriegsanleihe gezeichnet hat! Die Familie hat ihren Ernährer verloren, die Eltern ihre Söhne. Alles das genügt dieser bürgerlichen Gesellschaft noch nicht; weitere Opfer soll der Kriegskrüppel bringen. Die große Rente soll gelürzt und teilweise ganz gestrichen werden. Nachuntersuchungen sollen das ihre tun. Jemand, man versteht es hier ausgezeichnet, zu sparen. Drei Ärzte sollen in Zukunft beim Versorgungsgericht mitwirken, damit endlich auch die 30prozentigen abgefunden (!) werden.

So werden Kriegsopfer in der „freien“ Republik behandelt. Werden alle diese Proteste nützen? Wir sagen nein! Die ganze bürgerliche Meute hat kein Gehör für die Notleidenden. Wie stellt sich Hindenburg, der Führer im Weltkriege, zu seinen Versprechungen? „Jedem Krieger sein Heim!“ Er hat die Notverordnung herausgegeben, wonach der Kriegsbeschädigte noch seinen Reichsbehandlungschein bezahlen muß. Jemand! Mit nichts sagenden Protesten allein ist nichts gekostet; es heißt kämpfen gegen die bürgerliche, für die sozialistische Gesellschaft.

Nur die Kommunisten zeigen euch den Weg, wo gekämpft werden kann, um allen, die es verdient haben, eine ausreichende Versorgung zukommen zu lassen.

Auch der F. B. wird am 7. Dezember eine Protestversammlung veranstalten und dazu alle Kriegs- und Arbeitsopfer aufrufen. Wir erwarten, daß alle, die es angeht, erscheinen, ob organisiert oder nicht.

Am 7. Dezember, um 15 Uhr, findet im Gesellschaftshaus eine Protestversammlung aller Kriegs- und Arbeitsopfer gegen jede Verschlechterung im Versorgungsweisen statt. Erscheint in Massen!

Neuer Kursus! Am Donnerstag, dem 20. November, 20 Uhr, begann in der Unfallschule der Arbeiter-Samariter, Breslauer Straße 1, ein neuer Kursus in „Erste Hilfe bei Unglücksfällen“. Männliche und weibliche Personen können sich noch melden. Nächster Anmeldetermin ist der 27. November. Der Vorstand.

„Die Kommune“

2. November-Nummer, ist erschienen. Aus dem Inhalt: Kampf für ein Sowjetdeutschland. — Einheitsfront zwischen Sozi Braun und Nazi Frid. — Regierungsverhältnisse auch in Braunschweig. — Personalabbau in den Kommunen. — Arbeitsmarktlastung auf Kosten der Arbeitereltern. — Konzentration der Gelder aller proletarischen Organisationen. — Mietersraub an den Bergmannskindern. — Politische Wanderarbeiter und Kirchensteuer. — Ausplünderung der Gemeinden durch die Kirche. — Kommunalarbeiter-Korrespondenzen. „Die Kommune“ erscheint am 1. und 15. jeden Monats. Preis des Postabonnements vierteljährlich 1.— Mark, monatlich 12 Pfennig Postgebühr.

Hindenburg

Schweigen ist auch eine Antwort

In unserer letzten Sonntagsausgabe brachten wir einen Artikel, der sich mit dem im Magistrat in Kürze bevorstehenden Truppenerschließungen beschäftigte. Wir teilten in dem Artikel mit, daß Oberbürgermeister Franz nach dem preussischen Handelsministerium als Ministerialdirektor, im Range eines Staatssekretärs, gehe; daß der derzeitige zweite Bürgermeister Opperslaß die Stelle von Franz und der sozialdemokratische Parteisekretär Jambak die Stelle des zweiten Bürgermeisters besetzen sollen, und ferner, daß der Stadtbaurat Wolf sich als Stadtbaurat nach Leipzig beworben habe. Die bürgerlich-sozialdemokratische Presse hat sich über diesen hinter den Kulissen abgeschlossenen Kuhhandel zwischen Sozialdemokratie und Zentrum in tiefem Schweigen und Stummheit nur damit, daß unsere Mitteilung zutrifft.

Die Kosten dieses Schachers um die gutbezahlten Futterklippen haben die wertvollen Schichten zu tragen. Und das wird solange sein, solange die bürgerlich-kapitalistische „Ordnung“ besteht.

Der Stadtbaurat Wolf will auch gehen. Wir haben nichts dagegen; gegen was wir uns nur wenden ist das, daß Wolf durch das städtische technische Büro seine Bewerbungsarbeit ausführen läßt. Wolf hat als Zentrumsmann weniger Interesse für einen gesunden Arbeiterwohnungsbau, als für den Bau von Kirchen und Vereinsäusern gezeigt. Wolf hat sich während seiner kurzen Tätigkeit, die nun als Gastrolle ansetzen darf, als ein großer Aufschneider gezeigt. Sein „Verdienst“ ist es, daß die Stadt Hindenburg auf der Dresdener Panaisstellung vertreten war. Dem Stadtsäckel sind dadurch nur zehntausende von Mark an Kosten entstanden! Aus der Beteiligung an der Ausstellung hat die arbeitende Bevölkerung keinen Vorteil gehabt. Wolf war sehr „anspruchlos“! Er hat die an der Paritätsstraße neuverbaute Villa bezogen — vier Personen zählt die Familie —, die über 100 000 Mark „nur“ den Steuerzahlern gekostet hat. Ein solcher Mann soll schnell aus Hindenburg verbannt!

Notes Sängerkreis

Am Sonnabend, dem 22. November, 17 Uhr, im Saale „Eisners Sängerkreis“. Die Theatertruppe „Rote Stürmer“ tritt mit neuen Stücken auf. Eintritt 19 Pfennig. Anschließend Tanz. Die Programme, die für den 2. November bestimmt waren, haben für die obige Veranstaltung volle Gültigkeit.

Der Vorstand der Freien Säng...

Beuthen

Auch ein Grund zur fristlosen Entlassung!

Reformistischer Betriebsrat billigt diesel!

A. R. Der auf der Beuthengrube beschäftigte Arbeiter Paul Polonik begab sich nach getaner schwerer Arbeit ins Bechenshaus. Er legte sich auf den Podest des Barbarabildes und wollte sich eine Zigarette drehen. Ganz unverhofft erschien der allseits bekannte Antreiber, der Steiger Weinkopp, und fragte den P. nach seinem Namen. P. erwiderte, daß ihn sein Name nichts angehe, da er übrigens nicht sein Abteilungssteiger sei. Und dann solle er ihm erst eine Begründung dafür geben, warum er seinen Namen wissen wolle. Bei dieser Debatte schrie der Steiger den P. an: „Wissen Sie nicht, daß Sie vor dem hl. Barbarabild sitzen und die Mäher abzunehmen haben?“ Der Kumpel, der Freie Arbeiter ist, erwiderte daraufhin, daß er es in seiner weltlichen Ansehung nicht nötig hätte, vor einem Götzenbild den Hut abzunehmen. Schließlich rief der Steiger W. einen Oberhauer herbei, beide sagten dem P. und schleppten ihn zur Marktkontrolle, um seinen Namen feststellen zu lassen. Der Steiger schredte sogar davor nicht zurück, den P. anzugreifen. Als sich aber P. dieses verbat, ließ dieser soziale Steiger von seinem Opfer los. Als P. am nächsten Tage zur Arbeit seine Marke haben wollte, wurde ihm die Herausgabe der Marke mit dem Bemerkten, sich beim Betriebsleiter zu melden, verweigert. Auf Grund dieses Voralles ist P. fristlos entlassen worden! P. ging sofort zum Betriebsrat und erhob Einspruch gegen die ungerechtfertigte Entlassung. Der reformistische Betriebsrat Jung erklärte, daß er gegen die Entlassung nichts machen könne, und duldet somit diesbezüglich.

Arbeiter der Beuthengrube, seht euch eure Vertreter genau an! Macht Schluß mit den reformistischen Betriebsräten! Geht ihnen bei

der nächsten Wahl die richtige Antwort. Zu der nächsten Betriebsratswahl muß auch auf unserer Anlage eine Liste der KPD. eingereicht werden. Schließt euch jetzt schon der KPD. an!

Verwaltung der Heintzgrube pfeift auf Arbeitsgerichts Urteil

Vor Monaten ist der Genosse Ignaz Flad, der als Betriebsrat auf der Heintzgrube wirkte, von der Verwaltung fristlos entlassen worden. Der Genosse F. klagte beim Arbeitsgericht auf Wiedereinstellung und um die Betriebsratsfunktion. Das Arbeitsgericht sprach sich für die von der Verwaltung beantragte Entlassung und Amtsenthebung aus. In der Berufungsinstanz vor dem Landesarbeitsgericht wurde ein Urteil auf Wiedereinstellung des F. gefällt. Daraufhin hielt es die Verwaltung für angebracht, F. mit einer vierzehntägigen Kündigungsfrist zu entlassen, mit der Begründung, daß F. kein leistungsfähiger Häuer sei; ferner, daß er sich mit den Beamten nicht vertragen könne!

Für uns stand fest, daß die Verwaltung, trotz des Urteils des Landesarbeitsgerichts, alles daran setzen wird, daß F. nicht die Möglichkeit erhält, im Betriebe der Heintzgrube weiter revolutionäre Arbeit zu leisten. Genosse Flad besitzt das Vertrauen eines großen Teiles der Belegschaft und wäre bei der nächsten Betriebsratswahl wiedergewählt worden. Und das mußte auf alle Fälle verhindert werden.

Die Kumpels der Heintzgrube müssen dafür sorgen, daß bei der im März nächsten Jahres stattfindenden Betriebsratswahl die Liste der KPD. einen vollen Sieg über die Reformisten, Christen und Faschisten davonträgt.

Mögen die Antreiber „Barburka“ feiern

In den letzten Tagen gingen die Abteilungssteiger an die Bergleute, die vor Ort arbeiten, mit der Frage, wer im Besitz einer Bergmannsuniform ist, heran, damit diese mit den Beamten (Antreibern) der Hohenzollerngrube gemeinschaftlich am Barbarafest in die Kirche gehen. Es wurde ihnen versprochen: Wer an dem Kirchgang in der Uniform teilnimmt, erhält 1/4 Pfund Wurst und zwei Glas Bier! Wer keine Uniform besitzt, soll sich eine bestellen, und die Kosten werden ihm vom Lohne ratenweise zu fünf Mark abgezogen! Die Beamten versuchten sogar einen Zwang auf die Bergleute auszuüben. Bergleute, den Kirchgang soll ihr mit den Beamten mitmachen, nach dem Kirchgang lassen euch die Beamten laufen. Die Herren Beamten feiern anschließend im Hotel „Reichshof“ das Barbarafest. Ein Abteilungssteiger der Hohenzollerngrube äußerte: „Und wenn der Arbeiter ohne Hosen umherläuft, das ist mir gleich, ich werde euch unter Tarif bezahlen!“

Darum, Arbeiter der Hohenzollerngrube, laßt euch nicht fangen durch das Anbieten von Wurst und Bier, sondern kämpft für ausreichende Löhne, daß ihr als Menschen leben könnt; pfeift auf den Kirchgang!

Bergarbeiter, laßt euch nicht einschüchtern mit den Drohungen eures Abteilungssteiger: „Wer keine Uniform hat, darf als Häuer nicht vor Ort arbeiten“; denkt an eure wirtschaftliche Notlage und haltet mehr denn je zusammen, dann könnt ihr gewiß sein, daß mit eurer Macht das kapitalistische System gestürzt wird.

Ratibor

Regierung kiffet 14000 Mark für die Kirche

Seit längerer Zeit wird das Pfarrkirchengebäude innen renoviert. Da die Kirche ja immer jammert, wenig zu haben und nie genug bekommt, benutzt sie die Gelegenheit der Renovation, um wieder zu betteln. Immer noch nicht genug sind die „Schafe“ geschoren durch all die vielen Kollekten und Sammlungen aller Art. Sie müssen also noch tiefer in denbeutel greifen, wenn sie den „Genuß“ haben wollen, in einem renovierten Bethaus zusammenzukommen. Leider gibt es eben noch sehr viele Dumme, speziell Arbeiterfrauen, die ihre Kinder Hunger lassen und ihre paar Ströchen den Pfaffen geben, die auf Kosten der Unwissenheit der armen Proleten ein Schlemmerballet führen. Man organisiert durch die katholischen Vereine Veranstaltungen, um den Erlös der Renovation der katholischen Pfarrkirche zuzuführen. Daß in Oberschlesien die Pfaffen immer und jezt an die Kirche denken, ist

Alle Ortsgruppenleitungen

Stadtteil- und Zellenleitungen legen sofort für die Zeit der

Buchkontrolle 1930

Mitglieder- bzw. Zellenversammlungen an. Die Kontrollkarte erhält jedes Mitglied kostenlos, das in seiner zuständigen Zelle bzw. Ortsgruppe erfasst wird in der Zeit

vom 23. bis 30. November

Wir stoßen vor!

Versammlungen im Bezirk Schlesien
Sonabend, den 22. November:

Saarau: Referent Wiesner.
Birlau: Referent Hennig.
Leutmannsdorf: Referent Kaufmann.
Birlachsdorf: Referent Müller.
Ripern
Hummeln
Grünberg: Referent Schlotau.

Sonntag, den 23. November:

Hohlerdorf: Referent Kaufmann.
Gleichenberg: Referent Kaufmann.
Seuthen a. d. O.: 11 Uhr, Referent Schlotau.

Landeserwerbslosenkonferenz für Schlesien in Breslau

Beginn der Konferenz: Sonnabend, den 22. November, 10
Tagungsort: „Zentralballsaal“, Westendstraße. (Zu erreichen
Hauptbahnhof mit den Linien 6, 7, 16, umsteigen Königsplatz, 2
Vom Freiburger Bahnhof zehn Minuten zu Fuß.)

Tagesordnung:

1. Die Erwerbslosen und die Beschlüsse des 5. Weltkongresses
Roten Gewerkschafts-Internationale.
2. Unser Kampf um die Winterhilfsmassnahmen und gegen die
Reisensorge-Verordnung.
3. Anträge und Wahlen.
Der Konferenzbeitrag von einer Mark ist beim Saaleingange
entrichten.

KONZERTHAUS

Filmbühne d. Gebr. Hirschberg
Ab Freit., 21. bis Donnerst., 27. 11.

Der Film für die Massen

Eintrittspreise für die Massen

50 1.10 1.30 1.50

Alle müssen kommen!

Erstaufführung:

Der blaue Expreß

Ein Russenfilm
von unerhörter Wirkungsmacht
Eine Episode aus dem Lande
der aufgehenden Sonne

Der dramatischste Film d. Jahres!
Seit „Potemkin“
das größte Werk russischer
Filmkunst

dazu:

Minut zum Gipfel des
Himalaja

Eine Expedition in uner-
forschtem Lande in
7000 Meter Höhe

Beginn: 5.20, 7.15, 9.10 Uhr
Erwerbbl. ab Mont. bis Donnerst.
Preise ab 50 Pf.

Hosen-Tage

die nicht ungenützt verstreichen dürfen!

Knaben-Leibchenhosen
englisch-artige Stoffe, Größe
0-4 durchweg **95 Pf.**

Knaben-Leibchenhosen
gut strapazierbare Stoffe auf
Futter, Größe 1-8 **1 95**

Manchesterhosen m. Leibchen
grau, blau und oliv Größe 1-6 **2 95**

Manchesterhosen für Knaben
mit Seitenschnalle, grau, blau und
oliv, Größe 7-12 **3 95**

Kord-Hosen für Knaben
mit Seitenschnalle, Größe 7-12 **3 95**

Herren-Hosen
gestreift, kräftige Qualitäten 2.90, **1 50**

Herren-Hosen
gestreifte Satinqualitäten . 4.90, **3 90**

Herren-Hosen
moderne Streifenmuster 10.—, **6 90**

Herren-Anzughosen
gemusterte Buckskin und Chevlot-
stoffe 5.90, **4 50**

Herren-Anzughosen
gemusterte Kammgarn- und
Chevlotstoffe 12.80, **8 50**

Herren - Knickerbocker
praktisch, gemusterte Chevlot-
stoffe 7.50, **4 75**

Herren - Knickerbocker
moderne Chevlotstoffe, besonders
weit geschnitten 12.75, **9 75**

Herren - Breecheshosen
haltbare Kordqualitäten . . 6.90, **5.—**

Ein Posten Windjacken
für Herren aus imprägnierten
Stoffen, in größeren Weiten . 5.00, **3 75**

Ein Posten Lodenjoppen
für Herren aus olivfarbigem
Loden, warm gefüttert . . . 12.75, **9 50**

5 Schlager zu 2 Preisen

Hosenträger-Garnitur
bestehend aus Ho-
senträgern mit Gummi-
biesen, Socken und Ärmel-
halter in Geschenkpackung **1 95**

Selbstbinder
breite Formen, nur in den
neuest. Dessins, gute Qua-
lität. **Cadenez**, das mo-
derne Halstuch, 80x80 cm,
aparte Musterungen

Oberhemden

aus guten, waschechten
Stoffen, neueste Muster,
mit unterlegter Brust und
Kragen oder wohl mit ele-
gantem Popeline-Einsätzen

2 95

Herrenhüte

Wollfilz, in den modernen
Herbstfarben neue For-
men, teilweise mit klei-
nen Schminkefehlern

Schriftliche Bestellungen
auf diese Artikel werden
sofort bestens ausgeführt

Mitglied der Kunden - Kredit
G. m. b. H., Gartenstr. (Capitolhaus)

LEONHARD AKTIEN-GES.

Breslau, Ohlauer Straße 71-73 . : . Telefon 56854

Vereinigte Theater

Lobe-Theater
Von Montag, den 17. 11.
bis Freitag, den 21. 11.
20.15 Uhr
Die Matrosen von Cattaro
Von Sonnabend, den 8. 11.
bis Montag, den 24. 11.
20.15 Uhr
Zum 1. Male!
Lulu
Schauspielb. Frank Wedekind
Sonntag, den 23. 11.
15.30 Uhr
Hanneles Himmelfahrt

Thalia-Theater
Von Montag, den 17. 11.
bis Freitag, den 21. 11.
20.15 Uhr
Man kann nie wissen
Sonnabend, den 22. 11.
und Montag, den 24. 11.
Zum 1. Male!
Das Konto X
Sonntag, den 23. 11.
20.15 Uhr
Geschlossene Vorstellung für
die Mitglieder
der Besucher-Organisation

Billiger Verkauf von Fleisch- und Wurstwaren

Schweinefleisch	1 Pfd. 0.80	— 0.90	Wt.
Schweinefleisch	1 Pfd. 1.20	— 1.20	Wt.
Schweinefleisch	1 Pfd. 1.40	— 1.40	Wt.
Rindfleisch m. Kn.	1.00	— 1.20	an
Rindfleisch ohn Kn.	1.20	u. 1.30	an
Rouladen	1.20	u. 1.40	Wt.
Suppenfleisch	0.80	— 1.00	an
Rindfleisch ohn Kn.	1.10	— 1.30	an
Wurstfleisch	1.00	— 1.20	an
Räucherfleisch	1.20	— 1.40	an
Freischer Speck	1.00	— 1.20	Wt.
Räucherpeck	1.00	— 1.20	Wt.
Lungenent	0.85	— 1.00	an
Rein. Schweinefett u. Griebenf.	0.85	— 1.00	an
Geräucherter Speck	1.00	— 1.20	Wt.
Frische Baden 0.80, gepökl. Baden 0.80	0.80	— 1.00	Wt.
Gulasch v. 0.80 an, Gehacktes v. 0.80 an	0.80	— 1.00	an
Gepökelte Eisbeine	1 Pfd. 0.90	— 1.10	Wt.
Frische Schweinehälften	0.50	— 0.60	an
Jerkelatm. (weich) 1/4 Pfd. 0.25	— 0.35	an	
Poln. Jerkelatm. 1/4 Pfd. 0.30	— 0.40	an	
Wettm. 1/4 Pfd. 0.25	— 0.35	an	
Preßtopf u. Mortabella 1/4 Pfd. 0.25	— 0.35	an	
Braunschweiger 1/4 Pfd. 0.23	— 0.30	an	
Beßm. 1/4 0.15	— 0.20	an	
Leberwurst 1/4 0.15	— 0.20	an	
Bierwurst 1/4 0.15	— 0.20	an	
Rindfleisch 1/4 Pfd. 0.25	— 0.30	an	
Frühstückspeck 1/4 Pfd. 0.35	— 0.45	an	
Gelochter Schinken 1/4 0.40	— 0.50	an	
Knack- u. roher Schinken 1/4 0.45	— 0.55	an	
Knoblauchwurst 1/4 Pfd. 0.60	— 0.80	an	
Polnische 1/4 Pfd. 0.80	— 1.00	an	
Frühstück 1/4 Pfd. 0.85	— 1.00	an	
Geräucherter Speck Paar v. 0.20 an	0.10	Wt.	
Frische Wiener	Paar 0.10	Wt.	

Adolf Weiß Marktstraße 13
Fennel 256 69

Referiert

Bäckerei und Konditorei
Johannes Stober
Hermannstraße 2

Möbeln u. Stühlen aller Art

Vom einfachsten bis zum ge-
diegensten Genre besichtigen
Sie bitte völlig unverbindlich
unser reichhaltig. Fabriklager
Sie werden dort bestens und
billigst bedient. Teilz. gestattet.

Bioner & Dührig, Breslau
Stühle u. Möbel en detail, en gros
Geschäft: Matthiasstr. 107
Fabriklager: Weinbergsweg 18/20

Bettfedern

pa. handgeriss. Gänsefedern, ungeriss
Raufedern, Daunen (alle gereinigt. Sort.)
u. fertige Betten empfiehlt preiswerter
H. Nowakowski
Strahlen, Breslauer Str. 6, Promenadenecke

Butter, Eier, Käse, Schmalz
und andere Lebensmittel kaufen auch
Sie am besten nur bei

Berndt, Görlitz
Mittelstraße 8, Kosenstraße 30, Breite Straße 23
Leipziger Straße 18 Fernruf 1210

Zum Totensonntag!

Kränze, Kreuze
sowie sämtl. Grabschmuck
billigst nur bei
Paul Werner, Licqatz
Carthausstr. 39.

Bettfedern / Betten!

alle Sorten kauft und zahlt realen Wert
H. Nowakowski, Strahlen
Breslauer Straße 6
Bettfedernschätz- u. -rechenbuch

Breslauer Elektriker-Genossenschaft e. G.

Reussenohle 38, Neuweltgasse 5, Tel. 5672
Nähe des „Vorwärts“-Kaufhauses

**Elektrische Licht-, Kraft- und
Schwachstrom-Anlagen**
Telephon, Signal- u. Radio

**Beleuchtungskörper, Heiz- u.
Kochapparate, Radiogeräte**
sämtliche Fabrikate

Wir suchen noch

rührige Genossen in alle
Orten Schlesiens, die
bereit sind, die „Arbeiter
Zeitung“ zu verkaufen

★
Um die Anstellung zu be-
schleunigen, wird gebeten
evtl. eine Empfehlung der
Parteileitung gleich mit
einzusenden

LIEBICH
täglich
2 Vorstellungen
4.15 u. 8.15 Uhr
Unser großer Erfolg
**Rose und
Honey**
Das Eiscallett
und 8 Attraktionen

WAPPENHOF
Neue Freiluft. ab 4 Uhr
sowie täglich außer Sonnabend
Große Nachmittags-Vorstellung
mit dem brillanten 2. November-
Programm/ Eintritt 30 Pf. / Ab 8 Uhr:
Gr. Abend-Vorstellung mit Ball
2 Kapellen und das ungekürzte
Programm. Eintritt einschl. Ball 50 Pf.

Bäckerei u. Konditorei
Max Deichsel
Breslau, Friedrichstraße 6

Ich!
viele Ihnen Gelegenheiten
**Anzac
und Ulster**
billig zu kaufen
Sadowastr. 66
2. Et. rechts

Trebnitzer Rohfleischerei
Markthalle I u. II
Breslau, Gartenstraße, Stand 218-19
empfehlen alle Sorten
frische Fleisch- und Wurstwaren
Paul Martin